

# UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Dezember 2001 Nummer 240  
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen  
und Bauern



Foto: Dohle

Der Erfolg der IG Nachbau ist Anlass zum Feiern genug. In Altenkirchen gibt's auf Nachfrage auch ohne Formular Auskunft über die Hintergründe der „beschwipsten“ letzten Ausgabe.

## Schwerpunkt Wendezeit

### BSE – das Jahr danach

Nach dem ersten BSE-Fall in Deutschland war nichts mehr wie zuvor: Minister gingen. Der Kanzler entdeckte die bäuerliche Landwirtschaft und es gab Raum für Visionen. Ein Rückblick auf ein turbulentes Jahr auf den **Seiten 2, 12-13**

### Unmut an der Basis

Während der Bauernverband nun zum Schlag gegen die Agrarwende ausholt, zeigen sich viele Befürworter enttäuscht. Sind bisher doch vor allem Auflagen auf die Höfe zugekommen. Es ist an der Zeit, bäuerliche Interessen selbst in die Hand zu nehmen **Seite 14**

## Politik

### Aufgerückt

Aus Sicht der EU-Kommission haben es endlich auch deutsche Agrarpolitiker verstanden: ökologischer Landwirtschaft und weg von der bloßen Rohstoffherzeugung. Zu weiteren Debatten lud Dr. Ahner von der EU-Kommission auf der gut besuchten Tagung Agenda 2007 ein. **Seite 11**

### Gummimatten

Als Kompromiss zur Strohhaltung angeboten, als Bedrohung für 'die deutsche Landwirtschaft' angekommen. Zu einer Neuorientierung in der Tierhaltung, bei der Bauern statt nur zu liefern, eigene Qualitätsstandards entwickeln auf **Seite 3**

## Bewegung

### Gewonnen!

Vom großen Erfolg der IG Nachbau und der wundersamen Wandlung des DBV. Kaum lehnte der Bundesgerichtshof den allgemeinen Auskunftsanspruch in Sachen Nachbau ab, will der DBV schon immer auf Seiten der Kritiker gestanden haben **Seite 5**

### Einmischen ins Öko-Wachstum

Die Glaubwürdigkeit des Ökolandbaus fußt auf der regionalen und direkten Vermarktung. Die Stärkung dieser beiden Wege fehlt noch im Bundesprogramm des BMVEL **Seite 7**

### weitere Themen:

Castor-Widerstand **Seite 2**, Abl-Bayern **Seite 4**, Bullengrenzen? **Seite 6**, Zur Wahl in Polen **Seite 10**, Biogas **Seite 16** und vieles mehr

24. November 2000 – der erste

BSE-Fall in der Bundesrepublik! Die Nachricht ist geplatzt wie eine Bombe! Viele von uns hat sie auf der Bundesmitgliederversammlung in Altenkirchen erreicht und die wenigsten waren überrascht darüber. Es war klar, dass früher oder später auch bei uns BSE ans Tageslicht kommt.

Zerstört war mit dieser Nachricht auch wieder einmal das Vertrauen der VerbraucherInnen. Zu lange haben Politiker und der Bauernverband verkündet, dass „Deutschland BSE-frei ist“! Alle

Maßnahmen zum Schutz der Menschen waren ausreichend! Tiermehl war angeblich in Ordnung und wo kein Risiko ist, da gibt es auch kein Risikomaterial das weggelassen werden muss!

Mit der ersten BSE-Kuh wurden die jahrelange Ignoranz und kriminelle Sorglosigkeit führender Politiker und der Bauernverbandsspitze gegenüber Verbraucherinteressen zu offensichtlich, um in der herkömmlichen Art und Weise darauf zu reagieren. Das Ende der alten Agrarpolitik – möglichst viel, möglichst

billig für den größten Markt zu produzieren – war eingeleitet. Und vor diesem Hintergrund des erschütterten Vertrauens der VerbraucherInnen mit Ministerin Künast eine neue Agrarpolitik eingeleitet.

Verbraucherschutz stand erstmal an vorderster Stelle und unsere bäuerlichen Interessen sind in dieser Situation wiederum schwer darzustellen.

Das für uns alle so wichtige Projekt der Agrarwende wird aber nicht allein auf dem Fundament der Verbraucherinteressen bestehen können. Jetzt ist es an der Zeit, das gesellschaftliche Bündnis zu tragen beginnt. Ministerin Künast hat es in ihrer

ersten Regierungserklärung das „magische Sechseck der Agrarwende“ genannt. Von den Ver-

braucherInnen über die Landwirtschaft, Futtermittel- und Lebensmittelindustrie bis zum Einzelhandel und nicht zuletzt die Politik wurden in ihrer Rede alle für ein Gelingen einer neuen Agrarpolitik mit in die Verantwortung genommen.

Unserer zusätzlichen Verantwortung – durch neue Verordnungen wie das Stallbuch – ist uns Bäuerinnen und Bauern mittlerweile allgegenwärtig. Doch neben zusätzlicher Dokumentation der Produktion – Papierkrieg – müssen nun auch zusätzliche Perspektiven auf die Höfe kommen. Erste Schritte wie bei der Modulation oder den Änderungen bei der Gemeinschaftsaufgabe sind gemacht. Doch die Regierung muss nun weitere Pflöcke einschlagen damit die Agrarwende auf einer breiten Basis getragen werden kann.

Und hier setzt die Aufgabe für uns als AbLer an. Wir müssen nun mehr denn je und mit unserer seit Jahren trainierten Beharrlichkeit auf die sozialen Probleme in der Landwirtschaft hinweisen. Unsere Ziele müssen von uns immer wieder neu formuliert werden. Nur so entsteht der nötige Druck für alle Akteure des „magischen Sechsecks“ auch ihre Verantwortung ernst zu nehmen und den nötigen Beitrag zu entwickeln.

Tragen wir als AbLer und PraktikerInnen Frau Künast in Altenkirchen unsere Sorgen um unsere Existenzen vor. Aber zeigen wir auch, wie wir uns eine kalkulierbare Zukunft mit vielen Ideen und Möglichkeiten auf unseren Höfen vorstellen. Reden wir auch mit ihr über Wege zu einer vielfältigen, nachhaltigen Landwirtschaft mit zahlreichen Höfen und interessanten Arbeitsplätze in ländlichen Räumen, die eine attraktive Lebensweise bieten.

Maria Heubuch,

Biobäuerin aus dem Allgäu und AbL-Bundesvorsitzende



## Ziviler Ungehorsam ohne gleichen

Bericht über den Castortransport im Herbst 2001 ins Zwischenlager Gorleben

Der fünfte Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben im November 2001 stand unter ganz besonderen Vorzeichen. Zum einen war es das zweite Mal in diesem Jahr, dass den Menschen im Wendland der Ausnahmezustand erklärt wurde. Zum anderen fand der Transport in einer weltpolitischen Situation statt, die die Ereignissen im Wendland zwangsläufig zur Fußnote degradierte. Und schließlich ist die deutsche Republik momentan dabei im Windschatten Schily'schen Terrorismusbekämpfung elementare demokratische Grundrechte aufzukündigen. Die Kontrolle durch die Massenmedien funktioniert dabei nur mäßig, legt man sich doch in Krisenzeiten auch selbst gern Fesseln bezüglich kontroverser gesellschaftlicher Positionen an. Und endlich existiert im gesamtdeutschen Parlament des auslaufenden Jahres 2001 eigentlich keine echte Opposition mehr, nachdem rot-grün de facto die schwärzeste Politik seit Jahrzehnten betreibt und die ursprünglich konservativen Parteien eigentlich nur noch den Plagiatsvorwurf erheben.

Was bedeutet nun die so beschriebene Situation für das Wendland bei Castor-Transport im Herbst des Jahres 2001? Zum Beispiel, dass Anträge auf Genehmigung von Protestdemonstrationen so lange geprüft werden, dass gegen die Ablehnungsbescheide wegen der Kürze der Zeit kaum noch Rechtsmittel einzulegen waren. Dass überhaupt aufgrund der restriktiven Genehmigungspraxis kaum legale Demonstrationen möglich waren. Oder dass ganze Dörfer fast eine Woche lang für den freien Verkehr gesperrt waren. Oder

dass Ländereien von Bauern gegen deren Willen und ergangene Gerichtsurteile handstreichartig von der Bezirksregierung beschlagnahmt wurden, um der Polizei ein Aufmarschgebiet zu schaffen. Oder dass bekannte Personen des Widerstands mehr oder weniger vorbeugend zeitweise in Gewahrsam genommen wurden. Wenn man nun bedenkt, dass trotz dieser Rahmenbedingungen den Sonntag über 200 Traktoren unterwegs waren, die unter den Augen von über 15.000 Polizisten kurzzeitig Blockaden zustande brachten, dass bis zu 1.000 Menschen über Tage ihren Widerstand an vielen Stellen zum Ausdruck brachten, dann ist das eine Qualität an zivilen, bürgerlichem Ungehorsam, der in der Bundesrepublik seinesgleichen sucht. Es muss aber auch festgestellt werden, dass rein quantitativ ein Zurückgehen des Widerstands zu beobachten ist, vor allem auswärtige Gruppen waren weniger vor Ort. Ob das an den beschriebenen Rahmenbedingungen liegt oder ob es auch als Ermüdungszeichen gewertet werden muss, ist momentan schwer zu sagen.

Trotzdem hat der wendländische Widerstand all denen einen Strich durch die Rechnung gemacht, die meinten in schwierigen Zeiten unter Erhöhung des Drucks die Castoren routinemäßig ins Wendland bugsieren zu können. Und genau dies ist der entscheidende politische Erfolg des hiesigen Widerstands, den Obrigkeiten klar gemacht zu haben, dass Castortransporte ins Wendland auch in Zukunft nicht mit weniger Aufwand zu haben sind.

Wolfgang Eisenberg



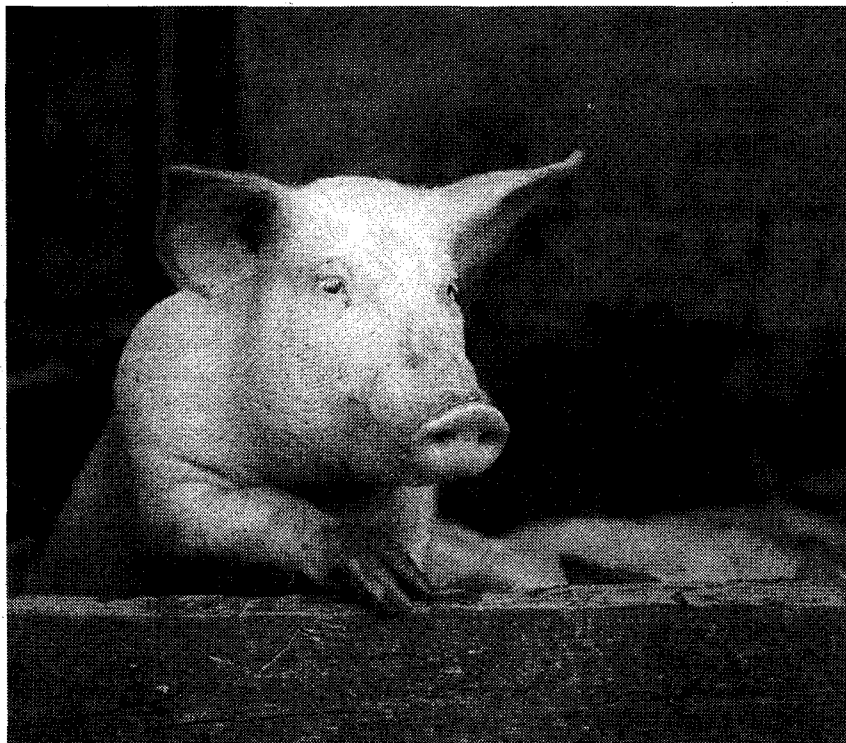
Auch beim fünften Transport eines Castors in Wendland gab es vielfältigen und phantasiereichen Widerstand. Foto: Eisenberg

**W**ir hatten gerade einige Abferkeltälle mit einem Kastenstand eingerichtet, als ich in der Fachschule lernte, dass es unmöglich sei, Sauen einzeln auf engem Raum zu halten. Die mangelnde Bewegung würde zu Verstopfungen und schwerwiegenden Stoffwechselproblemen führen. Mit dem Kastenstand wollten wir verhindern, dass die Sau Ferkel erdrückt. Da steckte ich in einem Zielkonflikt. Die Exkursion zum Schulabschluss führte in die Niederlande. Dort sahen wir in einem Stall wohl 200 Sauen auf einem Platz von je 65 cm x 180 cm mit Schultergurt angebunden. Das war 1965.

#### Vertrauensverlust

Die Niederlande und Deutschland befanden sich damals auf dem Weg in den gemeinsamen Agrarmarkt. Die niederländischen Bauern schienen wesentlich besser für den Markt gerüstet zu sein. Deutsche Bauern – einzeln und vereint – fuhren ins Nachbarland, um zu sehen wie es gemacht werden muss. Jetzt fahren sie nicht mehr. Über den Ankauf von Phosphatquoten hat der niederländische Staat für annähernd 700 Millionen Gulden 240 ha Stallfläche stillgelegt. Hermann Wijttels, der frühere Chef der niederländischen Rabo-Bank und jetzt Sprecher einer Expertenkommission für eine „neue“ Agrarpolitik, stellt fest, dass die industrielle Viehhaltung auf breiter Front versagt hat und die bisherigen Richtlinien der Agrarpolitik zu ändern sind: „Sie reichen weder für das Wohl der Tiere noch für die Umwelt noch für die Nahrungsmittelqualität aus.“ (Süddeutsche Zeitung, zit. nach Bauernstimme 236) Einer Landwirtschaft, die sich ohne Begrenzungen und Einschränkungen entwickeln konnte, wird von der Gesellschaft das Vertrauen entzogen.

Auflagen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes wurden bereits unter der CDU-Regierung eingeleitet. Zur Zeit stehen Verbesserungen auf dem Gebiet des Tierschutzes an. Schon Landwirtschaftsminister Borchert setzte der Anbindehaltung bei Sauen Grenzen. Dies mögen Hinweise sein, dass sich die Landwirtschaft in einem Orientierungsprozess befindet, der von verschiedenen politischen Kräften getragen wird, mindestens den gesamten europäischen Raum betrifft und nicht allein von einer Partei oder gar von einzelnen Personen forciert wird. Tierseuchen und Arzneimittelskandale rückten die Tierhaltung, insbesondere



Beim Blick über die Absperrung hilft Offenheit für Neues.

Foto: Klein

## Feldbusch ist out

Betrachtungen zur Neuausrichtung der tierischen Erzeugung

die Bedingungen in der Schweineproduktion, in den Blick der Öffentlichkeit. Die bestehende, deutsche Halterungsverordnung wurde wegen einer Rechtslücke für nichtig erklärt. Es entstand kurzfristig Handlungsbedarf. Das führt zu Verordnungen bzw. Erlassen auf Länderebene, bis wieder Rechtssicherheit von Seiten des Bundes bzw. der EU gegeben ist.

#### EU setzt Maßstäbe

Bei der Formulierung einer Schweinehaltungsverordnung entstehen Zielkonflikte: Schutz des Lebens der Tiere – Steigerung des Wohlbefindens – Ausleben der Triebe – Erhaltung hygienischer Verhältnisse. Zum Beispiel: Um das Leben frisch geborener Ferkel zu schützen, ist es notwendig den Bewegungsraum der Sau mindestens für einige Tage zu beschränken. Das führt zugleich dazu, dass die Sau ihren Nestbautrieb – selbst bei Strohhaltung – nicht oder nur erheblich eingeschränkt ausleben kann. Jedenfalls muss ein Kompromiss gefunden werden. Eine derartige Kompromissfindung eskalierte in Nordrhein-Westfalen zu einem Gummimattenstreit zwischen Tierschützern und Tierhaltern. Dabei war die Gummimatte bereits ein Kompromiss, um den Tieren eine weiche Liegefläche anzubieten anstatt die Verwendung von Stroh oder anderen weichen Materialien vorzuschreiben. Der Streit war völlig unsinnig. Wie zu erwarten, hat die EU in Tierschutzbestimmungen

festgeschrieben, dass „Schweine ständig Zugang zu Materialien wie Stroh, Heu, Holz, Sägemehl, Pilzkompost oder Torf“ haben müssen.

In einer kurzen Zeitspanne werden erhebliche Anforderungen und Neuausrichtungen an die landwirtschaftliche, tierische Erzeugung herangetragen. Das betrifft Produktionstechnik, bauliche Maßnahmen, Management und Tiermedizin. Hier müssen sich die Bauern „neu aufstellen“. Kam es während der BSE-Krise zu hysterischen Reaktionen der Verbraucher, sind nun die Reaktionen von Bauern und ihren Organisationen zum Teil nicht weniger hysterisch.

Richtig ist, dass einige neue Anforderungen im Arzneimittelrecht und bei der Umweltverträglichkeitsprüfung überzogen und praxisfern sind. Es besteht eindeutig noch Änderungsbedarf. Da jedoch in einer Fundamentalopposition nicht zwischen notwendigen, machbaren und abzulehnenden Änderungen unterschieden wird, sind die Berufsverbände nicht in der Lage, die Umorientierung gestaltend zu begleiten. Das Ende der Landwirtschaft – mindestens am Standort Deutschland – wird vorhergesagt.

#### Qualitätssicherung ist Standortsicherung

Im Abwehrkampf gegen staatliche Verordnungen wird übersehen, dass produktionstechnische Änderungen zu etwas mehr Tiergerechtigkeit durchaus

die Marktposition der Landwirtschaft festigen können. Während in der politischen Interessenvertretung der Bauern keine konstruktiven Ansätze zu erkennen sind, nutzen die Handels- und Verarbeitungsunternehmen durch eigene Produktionsrichtlinien die „Gunst der Stunde“ zur Verbesserung ihrer Marktposition. Die „Westfleisch“ konzipierte das „Transparind“ mit Auflage, die über die „gesetzlichen Anforderungen“ hinausgehen. „Bestschwein“ wird mit ähnlichem Konzept folgen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres besteht bei vielen Bauern die Bereitschaft neue, bessere Wege zu gehen. Leider versäumt es die Politik, durch eine notwendige Differenzierung bei administrativen Maßnahmen die Bauern für eine Wende zu begeistern. Die Flächenanbindung der Produktion über umweltrelevante Notwendigkeiten hinaus empfinden insbesondere kleinere Familienbetriebe als Bedrohung ihrer Existenzgrundlagen. Begrenzungen in den Produktionsverfahren und Entgrenzungen in den Handelsbeziehungen – nicht nur in der EU sondern weltweit – empfinden viele Bauern als unauflösbaren Widerspruch. Das Vertrauen in die Handelskonzerne ist eingeschränkt, und die Vermutung liegt nahe, dass diese doch wieder dort einkaufen, wo am billigsten produziert wird. Das ist nichts Neues.

Umso mehr muss die Landwirtschaft begreifen, dass Qualitätserzeugung und -sicherung zugleich auch Standortsicherung ist. Die Bauern stehen da nicht allein. Die Verarbeitungsunternehmen haben die gleiche Interessenlage. Zur Zeit werden jedoch diese Unternehmen die Qualitätsdefinierer und die Bauern wieder nur Zulieferer. Die Pflichten liegen bei den Bauern und die Rechte bei den Verarbeitern. Entscheidend wäre es, wenn die Landwirtschaft in Erzeugerverbänden von sich aus ihre Qualitätsstandards definieren und offensiv vermarkten würde, wenn jede Erzeugungs- und Verarbeitungsstufe für ihren Bereich verantwortlich ist. Und nicht wie z.B. bei der Spinatvermarktung von Langnese-Iglo im südwestlichen Münsterland: Die Bauern produzieren nach den Richtlinien des Konzerns, beliefern nur den Konzern und werden demnächst mit Familienphoto auf der Verpackung abgebildet. Der „Blubb“ mit Verona Feldbuch ist dann jedenfalls out.

Günther Völker

## Castorhallen zu Kartoffelscheunen

Die Castorhalle ist so sicher wie eine Kartoffelscheune – aus Protest gegen die gefährliche Zwischenlagerung des Atommülls in Gorleben haben Atomkraftgegner noch vor dem jüngsten Castor-Transport 30 Tonnen Kartoffeln vor das Tor des Zwischenlagers gekippt. Greenpeace wies darauf hin, dass die Castor-Lagerhalle nicht gegen Anschläge geschützt sei. Ein Sprecher der Bürgerinitiative sagte, das Gebäude taue allenfalls als Kartoffelscheune. Zuvor war auf der Castor-Transportstrecke eine Eisenbahnbrücke durch brennende Strohballen beschädigt worden. en

## Entenfabrik

Für eine Anlage für die Aufzucht und Mast von 360.000 Peking-Enten hat das Regierungspräsidium Dessau eine (wenn auch widerrufliche) Zulassung erteilt. Auf einem ehemaligen Militär-Areal bei Grimme (Sachsen-Anhalt) will der Südoldenburger Fabrikant Peter Kreienborg bzw. seine „BBSK Produktions- und Verwaltungs GmbH & Co. KG“ neben der Entenfabrik auch noch eine Schlacht- und Verarbeitungsstätte bauen, die auf eine Produktion von mehr „500 Tonnen Geflügel pro Woche“ ausgerichtet ist – also auch auf weitere Produktionskapazitäten. 132 Einwände gibt es gegen die Anlagen, u.a. auch vom Deutschen Tierschutzbund. Der kritisiert angesichts einer Besatzdichte von 5 Tieren pro Quadratmeter die „qualvolle Enge in meist fensterlosen Ställen ohne Auslauf und ohne Wasserbecken“, außerdem die Belastung der Umwelt durch Abfallstoffe sowie durch Abluft und die darin enthaltenen Keime. Der „Spiegel“ befürchtet in diesem Zusammenhang die Entstehung einer neuen Intensivregion mit industrialisierter Geflügelzucht – nach dem Vorbild Südboldenburgs ein „Vechta des Ostens“. In Möckern, 30 km entfernt von Grimme, habe die Firma Wesjohann („Wiesenhof“) bereits ein Schlachtunternehmen errichtet, im altmärkischen Rossau plane die Firma Heidemark eine Mastanlage für 60.000 Puten. en

## Abbau der Tierzahlen in Südoldenburg?

In niedersächsischen Landkreisen mit hoher Viehdichte wie Cloppenburg, Vechta und Emsland will Landwirtschaftsminister Bartels (SPD) die einzelbetriebliche Förderung bei Schweinen und Geflügel in Intensivmast künftig ausschließen. Nur für emissionsmindernde Investitionen soll es laut Hannoverscher Allgemeiner Zeitung noch Gelder geben. Allein im Kreis Vechta seien 400 Bauanträge für Ställe gestellt. Die Landesregierung wolle mittelfristig einen Abbau der hohen Tierzahlen und der „Übersorgung der Böden“ mit Gülle erreichen, u.a. durch Senkung der Großvieheinheiten von 2,5 auf 2 je Hektar Flächenbindung der Tierhaltung. Für gewerbliche Stall-Neubauten sollten spezielle Eignungs- und Vorranggebiete ausgewiesen werden, die Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms sei auf den Weg gebracht. en

## Verheerende Shrimps-Agrarfabriken

Die industrielle Zucht von Shrimps und Garnelen für den Export schädigt in Ländern wie Ecuador, Thailand, Vietnam oder Indien massiv die Umwelt und verschärft die Armut. Die Abholzung der Mangrovenwälder zwecks Anlage von Zuchtbecken entziehe der dortigen Küstenbevölkerung die Nahrungsgrundlage, die Intensivhaltung geschehe mit massivem Einsatz von Fischmehl, die eingesetzten Chemikalien fänden sich in den Shrimps in Form von Antibiotika wieder. Das alles hat die Menschenrechtsorganisation FIAN in ihrer Broschüre „Verheerende Delikatessen“ dargestellt. en

## Bauernblockaden vor Handelsketten

In der westlichen Schweiz haben Bauern des Verbands „Syndicat Agricole Uniterre“ Verteilzentren der Handelsketten Migros und Coop blockiert. Laut Lebensmittelzeitung forderten sie eine Erhöhung der Rindfleischpreise um 2 Franken je kg auf den alten Stand vor dem BSE-Ausbruch. Das politische Klima war durch die Meldung angeheizt worden, wonach die Schlachtereien und Handelsketten ihre Margen seit dieser Zeit noch erhöht hätten. Sprecher der blockierten Firmen lehnten die Preisforderungen kategorisch als „unrealistisch und marktwidrig“ ab. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) zeigte zwar Verständnis für den Unmut der Basis, lehnt aber die Aktionen des nicht dem SBV angeschlossenen Verbandes ab. Migros und Coop hätten zugesagt, massiv Verkaufsförderung zu betreiben und in den nächsten Monaten auf Rindfleischimporte zu verzichten. en

KURZES AM RANDE

## AbL-Bayern auf Tour

Positive Bilanz zog die neugegründete AbL-Bayern auf ihrer ersten Mitgliederversammlung am 28. Oktober in Plankstetten.

Bereits ein halbes Jahr nach ihrer Gründung lud die AbL-Bayern zur ersten Mitgliederversammlung ins Kloster Plankstetten. Vorsitzender Sepp Bichler konnte gut 50 Mitglieder begrüßen. Vorsitzende Elisabeth Waizenegger wies darauf hin, dass die AbL neben zahlreichen

ministerium für Landwirtschaft zur Agrarwende. Er bedauerte, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck vorherrsche, die Agrarwende solle lediglich eine einseitige Förderung des Ökolandbaus beinhalten. Vielmehr gehe es darum, die gesamte Landwirtschaft umwelt- und vor allem menschenfreundlicher zu gestalten. In Gruppenarbeit wurden anschließend Fragen zur Zukunft der Landwirtschaft erörtert. Damit die Höfe eine Zukunft haben, brauche der Nachwuchs eine Ausbildung und eine Politik mit Perspektive. Als Stärken der Bauernhöfe wurden dabei Zusammenarbeit in Familie und Gemeinde, Eigenständigkeit und Einheit von Lebens- und Arbeitsplatz gesehen. Forderungen an eine neue Agrarpolitik gab es vielzählige, aber besonders gelte es, die AbL-Bayern auf Touren zu bringen und zu stärken. Dabei hat sich die Mitgliederzahl seit der Gründung fast verdoppelt. Doch wolle man noch stärker in Regionalgruppen vor Ort arbeiten. Neben der bereits aktiven Regionalgruppe Pfaffenwinkel wird am 6. Dezember eine im Chiemgau gegründet (siehe Termine Seite 22). we



Die Vorsitzenden Elisabeth Waizenegger und Sepp Bichler mit Wolfgang Reimer vom BMVEL, der zum Stand der Agrarwende berichtete. Fotos: AbL-Bayern

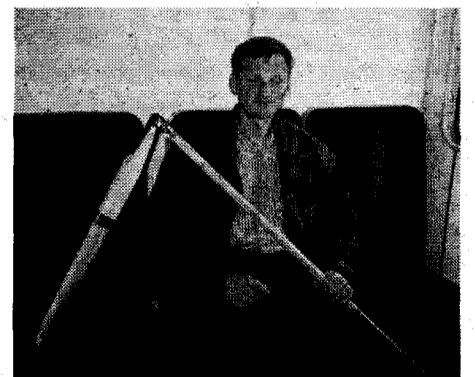
Presseerklärungen auch im Bayrischen Rundfunk und im Bayrischen Fernsehen („Unser Land“) erwähnt wurde. Als Referent sprach Wolfgang Reimer vom Bundes-

## Künast in Weilheim

Auf Einladung Grüner Kreisverbände kam die Ministerin nach Bayern. AbL-Vorsitzende Maria Heubuch überreichte ihr einen Dreschflegel, damit sie die Agrarwende schlagfertig verteidigen kann.

Agrarwende – jetzt“ unter diesem Motto hatten die Grünen-Kreisverbände von Starnberg und Weilheim-Schongau am 26. Oktober zur Podiumsdiskussion geladen. Und über 1.000 Besucher waren gekommen, um mit Ministerin Künast aus Berlin zu diskutieren. Hatte der Bauernverband doch gerade eine Hetzkampagne begonnen mit dem Zitat, Künast lasse die konventionellen Bauern gegen die Wand fahren. Dass die Kritik der Ministerin sich dabei vielmehr gegen die sturen Verbandsfunktionäre selbst bezog, war gewissenlich verschwiegen worden.

Auch die von dem Bauernverband immer wieder beschworenen Gräben – so sollen in Weilheim nur Ökobauern und Grüne geklatscht haben, während es aus der Bauernschaft Pfiffe hagelte, wie das Wochenblatt berichtet – seien herbeigeredet, so Andreas Rimmelberger, Geschäftsführer der AbL-Bayern. Je länger die Ministerin redete, umso mehr verstummten die Pfiffe. Dass der Münchner Merkur die AbL-Vor-



Hubert Hochreiter schnitzte den Dreschflegel zur Verteidigung der Agrarwende.

sitzende Maria Heubuch mal eben zur Ökobäuerin umdeklarierte, nötigte Andreas Rimmelberger zu einem weiteren Leserbrief. Musste er die Presse doch aufklären, dass der gern beschworene Gegensatz zwischen Ökos und Konventionellen nicht greift, sondern dass es die klein- und mittleren Betriebe bei der Agrarwende zu unterstützen gilt. we

## Goliath darf David nicht ausforschen

BGH lehnt den allgemeinen Auskunftsanspruch in Sachen Nachbaugebühren ab

Ein paar selbstbewusste und widerständige Bauern – allen voran ein besonders hartnäckiger Wendländer Widerstandsprofi – ein Geschäftsführer mit Rückrat und Besonnenheit sowie zwei durchsetzungsfähige Juristen ohne Angst vor mächtigen Gegnern stiegen vor vier Jahren in den Ring gegen die Pflanzenzüchter. Diese wollten nun nicht mehr nur beim Saatgutneukauf Gebühren, sondern auch dann, wenn jemand sein eigenes Erntegut wieder aussäht: die Nachbaugebühren waren geboren. Aber die Züchter hatten die Rechnung ohne eben jene Widerständler gemacht, die jetzt einen großen Erfolg feiern können. Das höchste deutsche Zivilgericht, der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe entschied, dass die Pflanzenzüchter bzw. deren Vollstreckungsorganisation, die Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH (STV), keinen umfassenden Auskunftsanspruch gegenüber den Bäuerinnen und Bauern haben. Sie schlossen sich dem Oberlandes- und Landesgericht Braunschweig an, die geurteilt hatten, dass für national geschützte Pflanzensorten nur derjenige Auskunft erteilen muss, der tatsächlich Nachbau betrieben hat. „Der Wortlaut des Gesetzes ist eindeutig“, betonte noch einmal der Vorsit-

zende Richter des BGH bei der Urteilsverkündung. In der Urteilsbegründung heißt es außerdem: „Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes kann ein weitergehender Auskunftsanspruch weder aus den gemeinschaftlichen (EU, Anmerk. d. Red.) Regelungen noch aus den Grundsätzen von Treu und Glauben hergeleitet werden.“ Mit Spannung kann also nun zum noch ausstehenden Verfahren vor dem EUGH geblickt werden.

### Politisch ändern

Cord Pralle, Ackerbauer aus Niedersachsen und Mitglied der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, hat sicher einen Sekt aufgemacht als er vom Ausgang seines Verfahrens in Karlsruhe hörte. Mit ihm feiern können jetzt nicht nur die mittlerweile 800 Mitglieder der bundesweiten IG mit ihren vier starken Säulen: den organisatorischen

Vorkämpfern Adi Lambke und Georg Janßen sowie den Juristen Matthias Miersch und Rolf Wilhelms, sondern alle Bäuerinnen und Bauern. Denn spätestens jetzt ist klar, dass sich politisch etwas ändern muss an den gesetzlichen Grundlagen rund um die Nachbaugebühren. Der unbegrenzten Ausforschung der STV ist zwar ein erster Riegel vorgeschoben worden aber nun ist

die völlig absurde Situation entstanden, dass Auskunft über EU- nicht aber über national geschützte Sorten verlangt werden kann. Deshalb lautet die Forderung der Interessengemeinschaft: Niemand darf jetzt mehr verklagt werden und alle laufenden Auskunfts- und Gebührenverfahren sind unverzüglich zu stoppen! cs



Saatgutprozess gewonnen. Allgemeine Auskunftsspflicht abgelehnt. Foto: Archiv



### Pressestimmen

Die Materie ist schwer zu durchschauen und nicht in zwei Sätzen darzustellen, deshalb hatten sich die auBerlandwirtschaftlichen Medien bisher nur selten an das Thema Nachbau herangewagt. Das BGH-Urteil war nun doch vielen (...) aber zumindest ein paar Zeilen dpa-Meldung wert. Hervorstechend ist ein Kommentar in der „Hannoverschen Allgemeine“ aufgrund seiner Zuspitzung: „Die Karlsruher Richter sprachen ein Urteil, das Folgen haben wird. ... Dass die Züchter Zeter und Mordio schreien, ist verständlich. Sie verlieren eine sprudelnde Geldquelle. Aber deshalb dürfte nicht gleich ihre Innovationskraft auf dem Spiel stehen. Sie kamen auch früher ohne Nachbau-Lizenzen zurecht. Vielmehr ärgert sie wohl, dass die Bauern sich geschickt dem Einfluss des mächtigen „Agro-Business“ entziehen.“

## Wir haben es ja schon immer gesagt!

Wie der Bauernverband plötzlich auf die Seite seiner Mitglieder wechselt

Das BGH-Urteil ist noch druckfrisch, schon lassen unterschiedlichste Reaktionen nicht auf sich warten. Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter schmollt. „Die Landwirtschaft wäre schlecht beraten, dieses Urteil mit überschwänglicher Freude aufzunehmen, denn ohne die Vergütung auf Nachbau ist der Züchtungsfortschritt nicht aufrecht zu halten“, wird Geschäftsführer Ferdinand Schmitz zitiert. Ihnen werde die Durchsetzung der Nachbaugebühr „erheblich erschwert bis gänzlich unmöglich gemacht.“ Gleichzeitig startet allerdings die STV eine großangelegte Einschüchterungskampagne per Telefon. Der Deutsche Bauernverband dagegen legt ohne Scham eine Drehung um die eigene Achse hin und war plötzlich schon immer auf der Seite derer, die bisher die Auskunft verweigerten. „Bundesgerichtshof weist Saatgut-Treuhand in ihre Grenzen – DBV-Haltung zum Auskunftsverfahren bestätigt“, titeln genau jene dreist in ihrer Pressemitteilung, die noch vor ein paar Monaten fest an der Seite der Pflanzenzüchter Sätze schrieben wie: „Gleichwohl sorgt ein kleines Häufchen Unver-

besserlicher um die Interessengemeinschaft gegen die Nachbauregelung und Nachbaugebühren und ihren Sprecher Adi Lambke mit einer waghalsigen, um nicht zu sagen falschen Interpretation des Urteils (OLG-Entscheid Braunschweig Anmerk. d. Red.) für eine zunehmende Irritation im Lande und lockt viele Bauern auf einen Irrweg, der direkt zur Staatenwaltschaft führen könnte.“ (Das Landvolk, Mitteilungsblatt des niedersächsischen Landesbauernverbandes vom 1.5.2000. Wenn wirklich die Ablehnung der umfassenden Auskunftsspflicht ihre Haltung gewesen wäre, hätte der DBV doch selbst den Prozess in Karlsruhe führen müssen. Er hat es aber immer rundheraus abgelehnt, Norbert Heim, DBV-Referent, verkündete z. B. auf einer Veranstaltung, man werde den Widerstand gegen die Auskunftsspflicht definitiv nicht unterstützen. Stattdessen hat in der Vergangenheit z. B. der Bayerische Bauernverband (BBV) mit der STV einen Ablasshandel für verklagte Bäuerinnen und Bauern organisiert. Für eine schnelle, umfassende Auskunft und 173,50 DM nahm die STV damals die angestrenzte Klage gnädigerweise zurück.

### Offensichtlich gescheitert

Der Bayerische Bauernverband ist allerdings auch noch in seiner aktuellen Pressemitteilung linientreu, versucht er doch die Bedeutung des Urteil heruntermuspielen, da es angeblich nur das gesetzliche Verfahren zur Erhebung von Nachbaugebühren betreffe und nicht das Kooperationsabkommen. Natürlich gilt der Karlsruher Richterspruch für Bäuerinnen und Bauern noch bevor sie sich entscheiden das Kooperationsabkommen zu unterschreiben oder nicht! Heino Wiese, Bundestagsabgeordneter der SPD, sieht das Kooperationsabkommen mit dem BGH-Urteil sowieso als „offensichtlich gescheitert“.

Der Deutsche Bauernverband schreibt heute, man habe „vor ca. zwei Jahren ein Moratorium zur Aussetzung der Auskunftsverfahren gefordert.“ Er schreibt nicht, dass man dieser Forderung nie wirklich Nachdruck verliehen hat bzw. verliehen wollte, indem man sie an die Fortführung des Kooperationsabkommens mit den Pflanzenzüchtern gebunden hätte. Ein Bruch mit ihnen hatte man nie gewollt und so ein BGH-Urteil schon gar nicht. cs

## Lobbyverflechtungen in der Landwirtschaft

Nebenjobs von Bauernvertretern in einer für alle abrufbare Datenbank hat der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) in einer neuen Studie veröffentlicht. Der Bauernverband jaulte auf und klagte den Nabu an: „bestens bezahlte Funktionäre des Öko-Multis rasten offenbar aus“. Die Studie „Lobbyverflechtungen in der Landwirtschaft“ fordert eine klare Trennung zwischen Beratung und Kontrolle in der Landwirtschaft ein, was beispielhaft für die Kammern untersucht worden war. In der Putenerzeugung verlören landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften gegenüber den fünf marktbeherrschenden Unternehmen zunehmend an Einfluss und Gestaltungsspielraum. Auch in der Schweinehaltung zeichne sich auf allen Ebenen ein fortschreitender Konzentrationsprozess ab. Wobei der „alte Filz auch hier eine zukunftsweisende Weichenstellung“ verhindere, so Nabu-Geschäftsführer Billen. Die Studie kann beim Nabu unter Tel: 02281-4036141 angefordert werden. ms

## Basmati gehört Indien

Indien hat im Streit um die Patentrechte am Basmati-Reis gegen die US-Firma „Rice-Tec“ einen wichtigen Sieg errungen. Rice-Tec hatte sich für die Basmati-Sorten, die am Fuße des Himalaya gezüchtet wurden, ein Patent gesichert. Das US-Patentamt schränkte dieses Patent laut Greenpeace-Magazin jetzt wieder ein. en

## Preiskontrolle bei Gentech-Saatgut

Eine Preiskontrolle der US-Saatgutkonzerne beim Anbau gentechnischer Pflanzen wurde laut Ernährungsdienst durch eine US-Studie bestätigt: Demnach ist das Saatgut für „Roundup-Ready“-Sojabohnen in Argentinien billiger als in USA, weil die Saatguthersteller keine Preiskontrolle über das Saatgut ausüben könnten. Denn in Argentinien werden rund 80 Prozent des Sojasaatguts entweder nachgebaut oder ohne Hersteller-Logo verkauft. en

## Rindermäster vor dem Aus?

In der Folge von BSE droht vor allem spezialisierten Rindfleisch-Erzeugern das Aus.

Eine Lücke von etwa 450 Mark bis zur Kostendeckung hat der hessische Bauernverband für jedes Schlachtrind errechnet.

Ursache ist der massive Nachfrage-Einbruch mit Preisrückgängen von derzeit noch 30 Prozent, außerdem Mehrkosten durch BSE-Untersuchungen sowie Mehrkosten der Schlachtbetriebe durch neue

Vorschriften. Außerdem werden vom Handel und auch von der Schlachtbranche die wieder angestiegenen Verbraucherpreise nicht an die Bauern weitergegeben. Vor allem die Rindermäster fordern derzeit vom Bund dringend Hilfen und die Durchsetzung von Entlastungsmaßnahmen. en

## Rat ohne Erfüllungshilfe

Der Antragsschluss für den Wettbewerb der Modellregionen des Bundesministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft ist nun vorbei. Zuvor erhielten in Bayern staatliche Stellen von Landwirtschaftsminister Miller die Anweisung sich nicht an der Durchführung des Wettbewerbs zu beteiligen. Auf die Kritik des Grünen Landtagsabgeordneten Adi Sprinkart, dass das Ministerium seine parteipolitischen Interessen auf dem Rücken von bayerischen Regionen austrage, konterte der Pressesprecher des Ministeriums Alfons Kraus, Bayern lasse sich nicht zum Erfüllungsgehilfen des Bundes degradieren. Doch in Bayern gibt es einige erfolgreiche Regionalentwicklungsprojekte, an denen sich staatliche Institutionen beteiligen. Nach Aussagen des Ministeriums werden Bewerber aus Bayern jedoch selbstverständlich über das Modellvorhaben informiert. ms

## Mobiler Hennenstall

Der Zielkonflikt zwischen tiergerechter Haltung mit Auslauf und den damit verbundenen Umweltrisiken (Nährstoff- und Keim-Akkumulation) gehört bisher zu den offenen Fragen nicht nur im Ökolandbau. In diesem Zusammenhang hat Professor Heß (Uni Kassel) laut vdl-journal auf einen neuentwickelten „mobilen 1000-Hennen-Stall“ hingewiesen, der kurz vor der Praxisreife stehe. en

KURZES AM RANDE

## Fünfunddreißig

Darauf beläuft sich der entscheidende Unterschied, ob es in Deutschland auch nach Einführung der 90-Bullen-Grenze überhaupt bei einigen Betrieben zu Prämienkürzungen kommt

Langsam wird die Zeit knapp. In Deutschland muss die 90-Bullen-Grenze der EU bis Januar 2002 umgesetzt werden. Während die einen jubeln, dass nun auch in Deutschland der Einstieg in die Koppelung der Prämienzahlung an die Arbeitskräfte gelingt, rechnen andere solange bis davon nichts mehr übrig bleibt. Matthias Weisheit, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und andere Agrarpolitiker, die die Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft vertreten, haben einen Vorschlag zur 90-Bullen-Grenze auf den Tisch gelegt, bei dem keinem Bullenmäster und keiner noch so großen Anlage mehr eine Kürzung droht. Selbst Industrieanlagen wie Ferdinandshof mit 22.000 Bullen hätten danach keine Kürzungen ihrer Bullenprämien hinnehmen müssen.

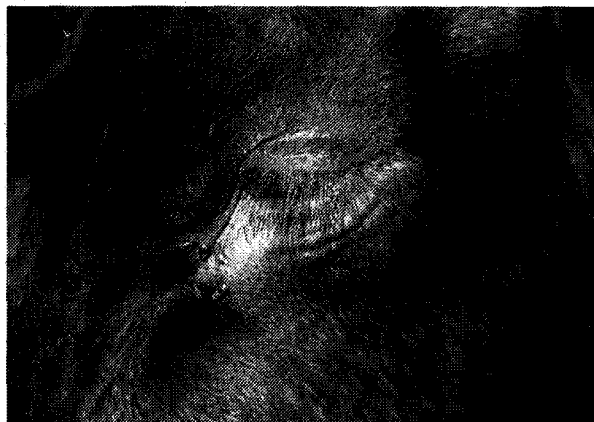
Einigung ist darüber erzielt, dass die ersten 180 prämieneberechtigten Bullen auf einem Familienbetrieb von zwei Personen versorgt werden können und damit dem Anspruch an die Arbeitskraftbindung genügen. Wenn nun nur je weiteren 125 prämieneberechtigten Bullen eine Arbeitskraft nach-

gewiesen werden soll, hätte das für Großbetriebe keine Folgen. Aber das ging doch einigen im Ministerium zu weit, jetzt soll wieder gelten: für alle weiteren 90 prämieneberechtigten Bullen, muss eine versicherungspflichtige Arbeitskraft nachgewiesen werden.

„Damit wird nicht mehr schlicht die Menge an Tieren prämiert, sondern eine Verbindung der Prämien zur Beschäftigungsleistung der Betriebe gezogen. Das ist ein positives Signal für alle diejenigen, die sich vernünftig um ihre Tiere kümmern und darauf verzichten, Rindfleisch möglichst billig nach agrarindustriellen Maßstäben erzeugen zu wollen“, so der Bundesvorsitzende der AbL.

Ruhiger ist es um die Umweltkriterien, an die die Prämienzahlung für mehr als 90 Bullen geknüpft sind. Dabei bergen sie ebenfalls Zündstoff. Voraussetzung für die Prämien ist es, eine Schlagkartei mit Nachweis einer umweltverträglichen Gülleverwertung zu führen. Zusätzlich soll die Flächenbindung verschärft werden. Je Hektar Hauptfutterfläche, das heißt Grünland, Silomais und Ackerfutter, soll die neue Grenze bei nur noch 1,9 und ab Januar 2003 nur noch 1,8 Großvieheinheiten liegen. Davon wären in den alten Bundesländern mehr als 80% der Betriebe, im Osten unter 10% der Betriebe mit mehr als 90 prämieneberechtigten Bullen betroffen. Und diese Auflagen sollen ab 90 und nicht erst ab 180 Prämien-Bullen gelten!

ms



Ob ein lachendes oder weinendes Auge für die Bullen? Koppelung der Beschäftigung ja, zu enge Koppelung an die Fläche nein. Foto: Hasemeier-Reimer

## Naturschutznovelle beschlossen

Der Bundestag hat am 15. November ein neues Bundesnaturschutzgesetz beschlossen (vgl. BS 7/01 „Naturschutz trumps auf“). Eine wesentliche, die Landwirtschaft betreffende Änderung ist die Abschaffung der bundeseinheitlichen Ausgleichsverpflichtung für Naturschutzauflagen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen. Der Ausgleich liegt künftig im Ermessen der Länder.

Das neue Gesetz muss in den kommenden drei Jahren in den Ländern umgesetzt werden.

Die Naturschutzverbände werten die Novelle als Erfolg. Die Opposition beklagt, dass nun mit Mitteln des Ordnungsrechts Umweltschutz von oben verordnet wird. Hinter allem steht die Frage, wer für Naturschutz finanziell aufkommen muss. So war die Ausgleichspflicht erst kurz vor Ende der CDU-Regierung eingeführt worden. Zahlen sollten die Länder, die sich dazu oft

finanziell nicht in der Lage sahen und als Konsequenz auf die Ausweisung von Naturschutzgebieten verzichteten. Aus Sicht von Jürgen Strodthoff (AbL-Niedersachsen) beschreitet der Naturschutz nun einen falschen Weg, den der Konfrontation. Weil die Landwirtschaft zur Zeit politisch in der schlechteren Position sei und eine geringe Marktmacht habe, würde mit allen Mitteln versucht, die Kosten für den Naturschutz auf die Bäuerinnen und Bauern abzuwälzen. Besonders die ohnehin benachteiligten Regionen mit großem Naturschutzwert hätten darunter zu leiden. Damit werde letzten Endes das Höfesterben vorangetrieben. Strodthoff fordert nun, den Bund beim Naturschutz stärker in die Pflicht zu nehmen. Zwar sei Naturschutz in Deutschland Ländersache, aber auch auf Bundesebene könnten noch Finanzquellen erschlossen werden. we

# Bundesprogramm Ökologischer Landbau: Direkt- und Regionalvermarktung stärken.

Einschätzung zum Bundesprogramm Ökologischer Landbau

**B**undesministerin Künast will den Öko-markt ausbauen. „20% in 10 Jahren“ war die kühne Botschaft ihrer Regierungserklärung beim Amtsantritt. Dass sie 220 Mio. DM zusätzliche Mittel für die Agrarwende beim Finanzminister losgeeist hat und davon 68 Mio. DM in den nächsten zwei Jahren für den gezielten Ausbau des Ökomarktes verwenden will, zeugt von der Entschiedenheit, mit der sie auch gegen Widerstände der etablierten Agrarlobby vorgeht.

Das verdient unseren vollen Respekt und unsere Unterstützung. Eine Experten-Gruppe aus Wissenschaftlern und Vertretern der Ökoanbauverbände hat in den letzten Monaten ein Konzept vorgelegt, wie diese Mittel eingesetzt werden sollen. Die Ministerin wird in den nächsten Wochen darüber entscheiden.

Kernpunkte dieses Konzeptes sind:

## 1. Keine einseitige Förderung der Produktion

Diesen Grundsatz können wir als Bio-bäuerinnen und -bauern voll unterstützen. Schließlich lehrt die Erfahrung mit den Extensivierungsbeihilfen, dass eine einseitige Ausweitung der Angebotsseite ganz schnell zu dramatischen Preiseinbußen führt.

## 2. Stattdessen: Stärkung der Nachfrageseite

Diese logische Konsequenz kann von uns allerdings auch nicht pauschal unterstützt werden. Schließlich bedeutet Marktausweitung im Biosegment der Supermärkte und in weiten Teilen des Naturkosthandels nicht mehr zwingend, dass die hierfür erforderlichen Warenströme aus einer regionalen, bäuerlichen Ökolandwirtschaft bezogen werden.

Ein warnendes Beispiel hat bereits in diesem Sommer der Bio-Fruchtgemüsemarkt geliefert.

Große holländische Gemüseanbaubetriebe (die hektarweise Gurken und Tomaten mit subventionierten Erdgaspreisen kultivieren) nutzten die Marktchance und offerierten dem LEH und der Naturkostbranche ihre Waren zu Preisen, die bei Marktbeobachtern und Beratern zu der Frage führten: „Hat der deutsche Unterglasanbau noch eine Chance?“ (ZMP-Öko-markt-Forum35/01)

Dieses Beispiel macht deutlich, dass die angestrebte Marktausweitung im Bio-markt aus Erzeugersicht flankiert werden muss mit entschiedenen Bemühungen um Prinzipien wie Regionalität, Transparenz und bäuerliche Produktionsweisen.

Aus der ABL-Sicht sind in diesem Sinn folgende Ergänzungen im vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog des Bundesprogramms erforderlich:

## 1. Förderung der Direktvermarktung

Der direkte Weg vom Erzeuger zum Verbraucher ist die überzeugendste Handelsvariante im Ökomarkt. Sie ist deshalb nicht nur der Ursprung der Ökolandbau-bewegung in Deutschland, sondern hat nach wie vor einen hohen Stellenwert im Marktgeschehen (exakte Angaben für den Anteil der Direktvermarktung am Öko-marktvolumen gibt es bisher leider nicht). Experten schätzen den Anteil auf bis zu 20%.

Im Zuge der geplanten Öffentlichkeitsarbeit für den Ökolandbau wird dieser Marktbereich folgendermaßen unterstützt:

- Finanzielle Unterstützung bei der Erstellung von Werbematerialien (Flyer, Hofprospekte, PR-Materialien)
- Finanzielle Unterstützung von Hoffesten. Finanzierung eines Kulturrahmenprogramms zur Steigerung der Attraktivität, Technikbedarf (Spülmobil, Sanitäranlagen, etc).
- Finanzielle Unterstützung von Bildungsangeboten (Hofführungen, Seminare, Lehr- und Lernangebote für Kindergärten, Schulen, Jugendarbeit)
- Unterstützung der Zusammenarbeit von Direktvermarktern bei gemeinschaftlichen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.

Als Mittelbedarf sollten dafür 3 Mio. Euro je Jahr angesetzt werden.

## 2. Regionalvermarktung

Von besonderer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Erzeugung und der Absatzströme im wachsenden Biomarkt ist die Stabilisierung und der Ausbau regionaler Kooperationen zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Vermarktern.

Zur Förderung dieses ökonomisch und ökologisch sinnvollen Kooperationsprinzips werden gezielt Marketingmittel bereitgestellt.

Bedingungen:

- a. Plausible Definition der Region
- b. Offenlegung der Warenflüsse
- c. Mindestens 50% der eingesetzten/gehandelten Biowaren müssen in der definierten Region erzeugt worden sein.

Dafür sollte ein Mittelbedarf von 7 Mio. Euro je Jahr angesetzt werden.

## 3. Wettbewerb: Fair-trade im Biomarkt

Für die Zukunft der ökologischen Landwirtschaft ist nicht nur die Nachhaltigkeit im Verhältnis zur Natur, sondern auch zwischen den Wirtschaftsbeteiligten von Bedeutung. Die beliebige Austauschbarkeit von Rohstoffherstellern, Verarbeitern usw. im globalisierten Wirtschaftsgeschehen ist eine der größten Gefahren für eine ganzheitlich sinnvolle Entwicklung des Biomarktes.

Um die Nachhaltigkeit in der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Biomarkt zu fördern, schreibt die Bundesregierung einen jährlichen „Fair-trade-Preis im Biomarkt“ aus.

Die Bundesministerin beruft eine Kommission zur Festlegung der Kriterien und zur Auswahl der Preisträger. Hier beträgt der Mittelbedarf 1 Mio. Euro je Jahr.

Viele AbLer gehören zu den Pionieren der Ökolandbau-bewegung. Gemeinsam mit den Bündnispartnern im Agrarbündnis haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass in diesem Land der Ökolandbau und die Naturkostbewegung als Gegenbild zum ruinösen „Markttrend“ in Landwirtschaft, Nahrungsgewerbe und -Handel wachsen konnten. Nun gilt es, unsere Aktivitäten zu verstärken. Mit Kritisieren und Nölen werden wir der gegebenen Chance zu einer Neuorientierung der Agrarpolitik unter Renate Künast nicht gerecht. Wir müssen uns vermehrt einmischen, eigene Konzepte entwickeln und uns neu organisieren.

Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass wir uns zusammentun und mit einer Stimme und im Namen der AbL beratend auf die politische Führung des Verbraucherschutzministeriums einwirken.

Dietmar Groß



Die Karten für den Ökolandbau sind nun gemischt. Einige müssen jedoch noch aufgenommen werden.

Foto: Speckmann

## Treibhauseanlage bio?

Die 1,1 ha große, mehrstöckige Treibhauseanlage „Grüne Fee“ in Albersdorf soll auf Öko-Produktion umgestellt werden. Das gab laut Lebensmittelzeitung die Swedoponic Deutschland GmbH bekannt, in deren Unternehmensgruppe mittlerweile 8 sehr spezialisierte Gewächshauskomplexe in Belgien, Holland und Skandinavien produzieren. Obwohl der deutsche Betrieb nur Basilikum und Salat herstellt, kann die schwedische „Grüne Fee“ im Austausch mit den anderen Betrieben das ganze Sortiment liefern. Von den 50 Mio. Kräutertöpfen kommen 7 Mio. aus Schleswig-Holstein. -en

### Nordmilch bindet Milchbauern

Die Nordmilch, Deutschlands größte Molkerei-Genossenschaft, fährt laut top agrar einen harten Kurs gegen kündigende Mitglieder, um die Milchmenge zu halten. Nach der Kündigung darf man später nicht wieder Mitglied werden. Durch Rechtsgutachten soll versucht werden, den sofortigen Molkereiwechsel bei Betriebsübergabe (vom Vater auf den Sohn) zu unterbinden. Seit Mitte 2000 haben mehrere hundert Mitglieder mit 280 Mio. kg Milch die Nordmilch verlassen. Vielleicht wäre statt Reglementierung eine Ursachenforschung erfolgversprechender? en

### Skandinavisch-neuseeländisches Milch-Joint-Venture

Der größte europäische Molkereikonzern Arla Foods (Dänemark/Schweden) mit 7 Mrd. kg Milch und der weltweit zweitgrößte Milchkonzern Fonterra (Neuseeland) mit 12 Mrd. kg Milch wollen gemeinsam den britischen Markt bearbeiten. Später will Arla auch in anderen europäischen Ländern den Vertrieb von Fonterra-Produkten übernehmen. en

### Konkurrenzfähige deutsche Milchviehalter

Deutsche Milchviehalter können im internationalen Kostenvergleich mithalten. Eine Vollkostenrechnung der FAL Braunschweig für spezialisierte Milchviehbetriebe im EDF (Club Europäischer Milchviehalter) ergab laut top agrar, dass die deutschen Betriebe mit 50 Pfennig pro Liter etwa 10 Pfennig billiger produzieren als der europäische Durchschnitt. en

### Weidegang-Förderung

4 Pfennig mehr für Milch, die von Kühen mit Weidegang erzeugt wird, zahlt die holländische Molkerei „Cono Kaasmakers“/Middenbeemster ihren Milchbauern aus. Die Molkerei sorgt sich um das Image der Milchprodukte wegen der zunehmenden ganzjährigen Stallhaltung. Der niederländische Lebensmittelhandel begrüßt diese Initiative für den Weidegang. en

### Cargill kauft Cerestar

Der amerikanische Getreide- und Agrarmulti Cargill wird nach Informationen des Nachrichtendienstes Reuters jetzt auch noch die Mehrheitsanteile am Stärkehersteller Cerestar vom italienischen Konzern Montedison (früher Ferruzzi) erwerben. Cargill war bisher schon der größte Getreidehändler und -verarbeiter der Welt, außerdem einer der größten Agrarfabrikanten in den USA (die Bauernstimme berichtete). en

### Roundup-Versickerung

Grenzwertüberschreitende Rückstände des Wirkstoffs Glyphosat (Roundup) fand das staatliche dänische GEAS-Institut in Versickerungswasser in 1 Meter Tiefe. Glyphosat galt bisher als unschädlich für das Grundwasser, weil es schnell abgebaut werde. Hersteller Monsanto nimmt das Ergebnis laut DLG-Mitteilungen ernst, verweist aber auf die hohen Niederschläge auf der Probefläche. en

### Bald „Quasi-Monopol“ bei Landtechnik?

Weltweit dominieren immer weniger und immer größere Landtechnikkonzerne: derzeit bei Schleppern John Deere, CNH (Case + NewHolland), Agco (Fendt + MF) und SDF (Deutz/Fahr + SLH), bei Mähdruschern außer diesen Firmen noch Claas. Angesichts teilweise gesättigter Märkte und immer größerer Investitionssummen für Entwicklung und Absatz von High-Tech-Innovationen wird die Konzentration in spätestens 5 bis 10 Jahren zu lediglich 2 bis 3 verbleibenden Riesenkonzernen führen, so eine Studie der Fachhochschule Weihenstephan. Dann werde im „Quasi-Monopol“ das Kriegsbeil zwischen den Konzernen begraben, zugunsten einer gegenseitigen Abstimmung hinsichtlich Marktaufteilung und Preisgestaltung. Den Kartellbehörden, so Prof. Mühlbauer im „Ernährungsdienst“, werde es dann nicht mehr möglich sein, diese formal verbotenen Absprachen zu verhindern, wie das Beispiel der Mineralöl-Multis lehre. en

KURZES AM RANDE

## Ausfuhrerstattung für Schlachtrindertransporte

Nicht nur auf der WTO-Ministertagung in Doha geraten die EU-Exportsubventionen unter Druck

Im Jahr 2000 wurden 224.000 Schlachtrinder aus der EU in Drittländer exportiert. 76.204 Rinder kamen aus Deutschland. Diese Transporte werden mit Hilfe einer Ausfuhrerstattung, die der Tierexporteur erhält, stark subventioniert. Je nach Bestimmungsland wird bis zu 500

DM pro Rind gezahlt. Hierfür ist ein großer Verwaltungsaufwand nötig. Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast wird bei der Sitzung des EU-Agrarministerrates, die am 19./20. November in Brüssel stattfindet, die Abschaffung dieser Exportsubvention vorschlagen. Die Mehrheit der EU-Agrarminister war bisher für die Beibehaltung der Ausfuhrerstattung. Begründet wird dies mit der schwierigen Marktlage innerhalb der Gemeinschaft und den bestehenden Absatzmöglichkeiten der Schlachtrinder in Drittländern.

Besonders der Libanon und Ägypten haben Bedarf an lebenden Schlachtrindern. Hier gibt es keine Kühlketten und kaum Kühlmöglichkeiten für sehr große Fleischmengen. Die Tiere werden je nach Bedarf getötet und sofort verbraucht. Renate Künast erhält von vielen Seiten Rückendeckung. Der Bund der Steuerzahler nennt diese Exportsubventionen „Verschwendung von Steuergeldern nach dem Gießkannenprinzip.“ Das EU-Parlament hat im Rahmen seiner ersten Lesung zum Haushaltsentwurf 2002 die Bewilligung von 58 Mio. Euro Ausfuhrerstattung für Schlachtrinder abgelehnt.

Der EU-Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik hat im September 2001 die systematische Missachtung der Vorschriften bei Transporten innerhalb und außerhalb der Mitgliedsstaaten kritisiert. Weiterhin bemängelt der Ausschuss die hohen Ausgaben für die Subventionen und fordert eine Einschränkung der Transporte von Nutz- und Zuchttieren.

Die Ausfuhr an Nutztieren, die im Bestimmungsland weiter gemästet werden, ist gering, aber im Jahr 2000 exportierte die EU

über 80.000 Zuchttiere in Drittstaaten. 40.000 kamen aus Deutschland. Die Kühe werden ca. drei Monate vor dem ersten Abkalben eingekauft. Durch diese günstige Methode besteht für viele Länder kaum Anreiz, eine eigene Rinderzucht aufzubauen. Dr. Klaus Meyn von der AG Deutscher Rinderzüchter sagt: „Ohne Zuschüsse könnten wir die Transporte natürlich nicht machen, durch die lange Fahrt haben wir enorme Kosten!“ Er beschreibt, wie komfortabel die Tiere reisen. „Pullmanwagen, Stroh, jederzeit Wasser. Viel mehr Komfort als bei Schlachtrindern.“ Aber auch so ein Transport kann schief gehen. Im Juli diesen Jahres gerieten 34 hochtragende Färsen in eine ausweglose Situation. Sie waren nach einem Transport von Deutschland nach Frankreich mit einem Schiff nach Beirut gebracht worden. Dort verweigerte der Zoll die Einfuhr, weil viele der Tiere älter als 24 Monate waren. Aus Angst vor BSE war dies die neue Höchstgrenze für die Einfuhr von Lebendvieh. Meinungen, wer an diesem Vorfall Schuld ist, gibt es viele. Tatsache ist, dass die Tiere zwei Wochen bei großer Hitze in dem Schiff eingepfercht waren, krank wurden und teilweise Kälber bekamen.

Deutsche Behörden und die Botschaft wurden eingeschaltet, Tierschutzfachleute eingeflogen. Das Ergebnis der Verhandlungen war dann, dass die Tiere, die über 24 Monate alt waren, erschossen wurden, die jüngeren Kühe und die überlebenden Kälber wurden weiter genutzt.

Viele Länder innerhalb der EU haben eine Überproduktion an Kalb- und Rindfleisch. In Deutschland beträgt der Selbstversorgungsgrad 113%. Ein hoher Konsum von Milch und ihrer Verarbeitungsprodukte und ein geringer Fleischverzehr passen nicht zusammen. Vierzehn Tage alte Kuhkälber waren in den letzten Monaten teilweise nur noch 10 DM wert, Bullenkälber etwas mehr. In Deutschland wird händelringend nach Möglichkeiten gesucht, Fleisch und Tiere loszuwerden. Preise für Schlachtvieh sind so niedrig, dass viele Rindermäster in ihrer Existenz bedroht sind. Dr. Dierk Boie von der Norddeutschen Fleischzentrale sagt: „Wir schlachten genauso viel wie vor der BSE-Krise. Aber nur 44% von dem Fleisch bleibt in Deutschland. Das übrige Fleisch der Bullen geht nach Russland, das der Altkühe als Nahrungsmittelhilfe nach Nordkorea und alles mit Hilfe von Subventionen.“

Astrid Thomsen



Bislang steht der europäische Rindfleischmarkt auch auf den Exportsubventionen. Jetzt wird in der EU darüber gestritten, ob die Exporteure weiterhin Geld für Rindertransporte bekommen sollen. Foto: Jasper.



**W**ie war das noch, warum wollte ich unbedingt Bauer werden? Freie Zeiteinteilung, weitgehende Selbstbestimmung, Leben mit der Natur und dem Lauf der Jahreszeiten, Einheit von Arbeit und Familie....

Eigenartig, davor sieht man offensichtlich nur das Positive und wenn man mittendrin steht, drängen sich aber die Probleme in den Vordergrund. Wir ha-

ben unsere Ziele weitgehend erreicht, eine gut funktionierende Direktvermarktung aufgebaut, stehen wirtschaftlich auf sicheren Füßen, unsere vier Töchter sind schon fast erwachsen und entlasten uns zusammen mit meinen Eltern bei mancher Arbeit. Dennoch stellt sich immer wieder diese Unzufriedenheit ein, die aus einer andauernden Anspannung resultiert, die wiederum ihre Ursache in der Verantwortung für das Funktionieren des Alltags im Betrieb, in der Familie und in so manchem Ehrenamt hat.

Kurzum, geht es uns oft so wie es Peter Cornelius in einem beschreibt, wir sind

reif für die Insel. Nun ist es auch für einen Gemüsebaubetrieb mit schulpflichtigen Kindern nicht leicht einen Urlaub zu organisieren. Von März bis November gibt es viel Arbeit und im Winter sind keine Ferien. Außerdem sind wir keine Wintersportler und eine Flugreise kommt für uns aus Kosten- und Umweltschutzgründen nicht in Frage. Dennoch haben wir seit der Geburt unserer dritten Tochter jedes Jahr eine Woche herausgeschlagen. In den Pflingstferien Ende Mai, wenn die Felder und Gewächshäuser bestellt sind, die Erdbeersaison aber noch nicht begonnen hat.

Nur zweimal fielen die Ferien in den 15 Jahren für uns aus. 1990 als wir zusätzlich zur anderen Arbeit noch eine Lagerhalle in Eigenleistung bauten, und 2000 weil die Pflingstferien in den Juni fielen.

Diese 6-8 Tage jährlich möchten wir nicht mehr missen. Erst die Aufregung bei der Vorbereitung. Bereits Wochen zuvor werden Zettel geschrieben, was wir alles einpacken müssen. Die Wohnung aufräumen, damit wenigstens in der Woche unserer Abwesenheit Ordnung herrscht. Schnell noch die Möhren gegen Unkraut gespritzt und lange Listen für meine Eltern und Mitarbeiter geschrieben, was wann bei welcher Witterung zu tun ist.

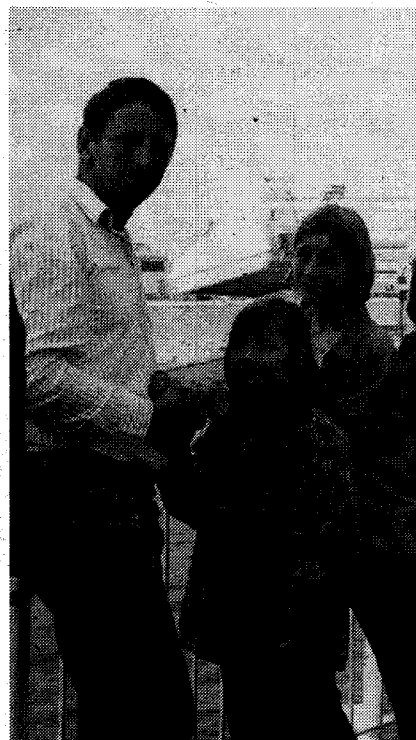
Schließlich aber in aller Frühe mit Bahn oder Auto ab nach Italien, Österreich, ins Emsland, oder einmal sogar nach Griechenland. Bereits die Fahrt ist Urlaub pur, und dann tagelang kein Telefon, keine Kundschaft, keine Abendtermine, nur Freizeit, unsere Kinder und wir. Baden, radeln, gemütlich essen, lesen und faulenzen, und plötzlich ertappe ich mich wie ich dem italienischen Gemüsebaukollegen bei der Arbeit am liebsten zur Hand gehen würde. Zurück in der Heimat erinnere ich mich an die Geschichte „Oh wie schön ist Panama“. Alles erscheint im neuem Licht, frei nach dem Werbeslogan „Urlaub, und das Leben geht weiter“.

Josef Lirsch

**Betriebsspiegel:**

Der Gemüsebaubetrieb hat 12ha Land, wovon 6 ha Ackerfläche sind. (Kartoffel-, Erdbeer-, und Gemüseanbau).  
1300m<sup>2</sup> Gewächshaus  
5 Mutterkühe mit Nachzucht

## Abstand gewinnen



**O**bwohl durch unsere geringe Kuhzahl bedingt jedes Jahr nur wenige Bullen zu verkaufen sind, fiel es uns (damit sind mein Vater und ich gemeint) in diesem Jahr doch sehr schwer, die Tiere abzugeben. Im Laufe des Jahres erreichten ca.13 rot- und schwarzbunte Jungbullen die Schlachtreife. Es war nicht schwer einen Abnehmer zu finden, zum Glück gibt es mehrere Viehhändler, nein, dass meine ich nicht.

Unsere eigenen Vorstellungen standen doch so manchem Verkauf entgegen: die Preise für Schlachttiere sind BSE bedingt immer noch weit entfernt von den auch schon schlechten Preisen der Vor-BSE-Zeit. Bei uns ist es so, dass wir immer eine Grenze haben, unter der kein Tier verkauft werden soll – und weil ja gar nicht viele verkauft werden müssen pro Jahr, geben wir dem Viehhändler auch oft einen Korb, wenn er auf den Hof kommt und nach Bullen fragt. „Wie ist denn die Tendenz“ ist dann unsererseits die Standardfrage, die jeder Verhandlung voraus geht. Nicht überraschend kommt dann meistens die Antwort, dass es runter gehe mit den Preisen und wir sozusagen noch schnell die Gelegenheit bekommen könnten zum alten, also etwas höheren Preis zu verkaufen. Liegt der aber unter unserer magischen Grenze,

## Hungersnot ist nicht in Sicht!

bleiben wir bei einem „Nö, laß ma! Dann bleiben sie noch etwas stehen“. Andererseits dürfen sie ja auch nicht verfetten! Da hat uns der Viehhändler bei seinem Eintritt ins Haus auch schonmal gewarnt, dass da im ersten Stall doch wohl ein Bulle sei, der schon langsam verfettet – er habe noch zufällig auf seinem Transporter einen Platz frei...

Dass wir uns mal auf das jetzige Preisniveau „herabbegeben“, hätten wir uns auch in unseren schlimmsten Träumen nicht vorstellen können.

Vorgewarnt worden bin ich allerdings schon im Februar, als ich meinem Freund bei der Abrechnung seiner Bullen half: Prämienbedingt mussten über 50 Bullen verkauft werden – für 3,30 DM.

Positiver Höhepunkt und leider einzige Ausnahme war der Tag, als unser Viehhändler kam und dringend einen schweren rotbunten Bullen brauchte: über dem Durchschnitt bezahlt verließ der Bulle am nächsten Tag den Hof! Aber meistens ist es anders: um keine Geburtstagsfeier zum zweiten Geburtstag ausrichten zu müssen, werden die Viehhändler angerufen und nach ihrer Einschätzung zur Lage der Tendenz befragt. Nochmal hin und her überlegt – und zugestimmt. Glücklicherweise ist es uns in diesem Jahr auch gelungen, einen Bullen zusätzlich in Achteln zu verkaufen.

Jetzt stand der Verkauf der letzten vier Bullen an; ein Viehhändler rief an und meinte, dass im Moment der Preis unserer Vorstellung zu realisieren sei – al-

**Betriebsspiegel:**

ca. 57 ha Betriebsfläche  
40 ha Acker  
17 ha Grünland  
ca. 35 Herdbuchkühe, rot- und schwarzbunte  
Dorothee Lindenkamp bewirtschaftet den Betrieb gemeinsam mit den Eltern

lerdings nur morgen. Wir müssten uns also sofort entscheiden. Sollten wir lieber nur zwei abgeben und abwarten wie sich die Preise entwickeln? Aber mittlerweile brauchten wir auch den Platz. Wir stellten also die Frage aller Fragen: „Wie ist denn die Tendenz?“ Man konnte fast hören, wie er die Augen am anderen Ende der Leitung verdrehte: „Eine Hungersnot ist nicht in Sicht.“

Dorothee Lindenkamp

## Polens Bauern in der Regierung

Der Regierungswechsel im Herbst brachte die polnische Bauernpartei PSL in die Regierungskoalition und der populistischen Bewegung Samoobrona einen unerwarteten Stimmenzuwachs.

Die Parlamentswahlen in Polen am 23. September 2001 brachten insofern einen politischen Erdbeben, als die bisherige konservative Regierung unter Ministerpräsident Jerzy Buzek abgewählt wurde und die postkommunistischen Sozialdemokraten (SLD) mit 216 von 460 Sitzen im Sejm fast die absolute Mehrheit erhielten. SLD-Chef Leszek Miller, ehemaliges KP-Politbüromitglied, war freilich auf einen Koalitionspartner angewiesen, um die fehlenden 15 Stimmen für seine Wahl zum Ministerpräsidenten zu bekommen. Diesen Verbündeten fand er in der Polnischen Bauernpartei (PSL), die mit ihren 42 Mandaten der neuen Regierung eine solide Mehrheit verschafft.

Aufsehenerregend ist nicht so sehr, daß die traditionsreiche Bauernpartei PSL jetzt Regierungspartei und ihr Vorsitzender Jaroslaw Kalinowski stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister sowie der PSL-Abgeordnete Stanislaw Zelichowski Umweltminister ist – , sondern dass bei den Wahlen zum ersten Mal die mit der PSL konkurrierende radikale Partei „Samoobrona“ (Selbstverteidigung) des Populisten und EU-Gegners Andrzej Lepper ins Parlament einrückte und diese mit ihren 53 Abgeordneten sogar überflügelte. Zusammengekommen haben knapp 20 Prozent der Wähler in unserem Nachbarland diese beiden Parteien, die sich als Bauernparteien präsentieren, gewählt. Dies ist im europäischen Rahmen heute zweifellos eine einzigartige Erscheinung. Welche Ziele haben diese Parteien? Sind sie überhaupt Bauernparteien? Und wodurch unterscheiden sie sich?

### PSL mit langer Tradition

Die Bauernpartei PSL wurde formal zwar erst im Jahre 1990 gegründet. Doch existierte sie auch schon vorher, in der kommunistischen Zeit als gleichgeschaltete Blockpartei ZSL (Vereinigte Bauernpartei) und davor als gesamtpolnische demokratische PSL, zu der sich die Bauernparteien der verschiedenen Regionen Polens im Jahre 1931 vereinigt hatten. Die heutige PSL beruft sich mit einem gewissen Recht auf das große Erbe der polnischen Bauernbewegung, die seit Ende des 19. Jahrhunderts das politische Leben des Landes entscheidend mitgestaltet hat, insbesondere in der Zeit nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes am Ende des

Ersten Weltkrieges. So erklärt sich der im 19. Jahrhundert geprägte Name „Polskie Stronnictwo Ludowe“ (PSL) (wörtlich übersetzt: Volkspartei) aus einer Zeit, wo die Bauern eben noch das Volk waren.

Die Partei hat heute etwa 200.000 Mitglieder und verfügt landesweit über gut ausgebaute Strukturen. Sie ist, im wesentlichen sicher wegen der konservativen Einstellung ihrer Wählerschaft, eine der wenigen stabilen politischen Kräfte im Lande und unterstreicht in ihrem Programm nationale und katholische Werte. Ihr Hauptziel ist es laut Programm und Statut, die sozialen und materiellen Interessen der Bauern bzw. der gesamten ländlichen Bevölkerung zu wahren. Die PSL hängt nach wie vor, wenn inzwischen auch gemäßiger, dem Gedanken des Staatsinterventionismus an. Der Staat soll zum Beispiel Importsteuern einführen, Zinsen festlegen, Aufkaufpreise für Agrarprodukte stützen, Kredite zur Verfügung stellen und vieles andere mehr.

### Pool verschiedenster Interessen

Die Partei ist nicht grundsätzlich gegen den EU-Beitritt Polens, verlangt aber eine Integration zu partnerschaftlichen Bedingungen und versucht, das Beste für die polnischen Bauern dabei herauszuholen, indem sie die Einbeziehung der polnischen Landwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik mit dem Moment des EU-Beitritts fordert. Die PSL hat allerdings ein Problem, wenn sie sich als Vertreterin der gesamten ländlichen Bevölkerung bezeichnet. In ihren Reihen fanden und finden durchaus Diskussionen und Auseinandersetzungen darüber statt, welche Gruppe von Landwirten sie heute eigentlich vertritt, die Kleinbauern oder die modernen Landwirte, die über große Flächen verfügen und mit positiven Erwartungen dem EU-Beitritt entgegensehen. Der Parteiführung, die zu berücksichtigen hat, dass Kleinbauern die Masse der Mitglieder und Wähler darstellen, gelingt es bisher, die verschiedenen Flügel und Interessen zu integrieren. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die Partei seit Mitte der neunziger Jahre an Boden verloren hat.

Ausschlaggebend war bei der jüngst er-

folgten Entscheidung der Parteigremien, an der Regierung teilzunehmen, gewiss das Motiv, bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Polen und der Europäischen Kommission über das Kapitel Landwirtschaft entscheidenden Einfluss zugunsten der Interessen der polnischen Bauernschaft ausüben zu können. Die Frage ist natürlich, ob Brüssel sich Konzessionen hier überhaupt leisten können. Wenn die Warschauer Regierung beim Abschluss der Verhandlungen, voraussichtlich Ende 2002, den Bauern keine Erfolge vorweisen kann, gerät die mitregierende Bauernpartei in schwere Bedrängnis. Es ist leicht vorherzusehen, dass vor allem die „Selbstverteidigung“ Andrzej Leppers sich die Gelegenheit, die PSL des Verrats an den polnischen Bauern zu bezichtigen, nicht wird entgehen lassen.

### Samoobrona – Bewegung um Lepper

Der Erfolg der Wahlliste „Samoobrona“ mit 10,2% der Stimmen und 53 Mandaten war zweifellos eine große Überraschung. Noch zu Beginn des



Polen im Sommer 2000: Der EU-Beitritt ist immer Thema. Foto: Erdmanski-Sasse

Wahlkampfes räumten ihr die Wahlprognosen höchstens drei Prozent der Stimmen ein. Andrzej Lepper, früher Direktor eines Staatsgutes, gründete die Partei im Jahre 1992 in Pommern, in einem Gebiet also, in dem riesige Staatsgüter und landwirtschaftliche Produktionsgesellschaften bankrott machten, und ist bis heute ihr Führer. Es handelt sich bei „Samoobrona“, die einige Tausend Mitglieder hat, genau genommen weniger um eine Partei als um eine Bewegung, in der weniger die formal natürlich existierenden Statuten und Gremien eine Rolle spielen, sondern die Entscheidungen und Äu-

ßerungen ihres Vorsitzenden Lepper ein ganz besonderes Gewicht haben.

### Arbeitslose Landarbeiter und Frustrierte

Mit seiner Bewegung erreichte Lepper einen Großteil der Verlierer des Transformationsprozesses, nicht nur arbeitslose Landarbeiter, Rentner, sondern auch andere von der Entwicklung der Marktwirtschaft Frustrierte und Überforderte, auch etliche städtische Protestwähler, z.B. kleine und mittelständische Händler und Selbständige, die dem Druck großer Supermärkte und Firmen ausgesetzt sind oder erlagen und vom Staat nun eine Existenzgarantie verlangen. Landesweite und internationale Aufmerksamkeit erlangte die Protestpartei „Samoobrona“ im Januar/Februar 1999 mit ihren gewalttätigen Straßen- und Grenzblockaden, um die Regierung zu Interventionskäufen durch die staatliche Agraragentur und zur Abschottung des polnischen Marktes gegen billige Agrarimporte aus dem Ausland zu zwingen. Obwohl Lepper in den vergangenen Jahren in einer Reihe von Prozessen verurteilt wurde, auch zu Gefängnis, gelang es ihm immer wieder, diesen Strafen zu entgehen, weil die Urteile entweder nicht rechtskräftig wurden oder er eine Kaution zahlte.

### Widerstand gegen EU-Beitritt

Leppers politische Ansichten stellen eine krause Mischung aus Kritik an der Marktwirtschaft, polnischem Nationalismus, Nostalgie für das kommunistische Volkspolen, Gegnerschaft zur NATO und vor allem zur EU und vielem anderem dar. Die Partei fordert u.a. ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen und staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft. Es fällt außerordentlich schwer, diese Partei als links oder rechts einzuordnen oder gar als Bauernpartei zu bezeichnen. Es handelt sich vielmehr um eine radikalpopulistische Bewegung, deren Anhänger auf dem Lande und in Kleinstädten beheimatet sind. Die Existenz dieser Partei ist ein Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich unser östliches Nachbarland trotz aller politischen und ökonomischen Erfolge im letzten Jahrzehnt derzeit noch befindet.

Dr. Gerhard Doliesen,  
stellvertretender Direktor der Ost-  
Akademie Lüneburg und Leiter der  
Arbeitsstelle Polen

## „Nie zuvor eine so große Reform-Minderheit“

Die nächste Reform der EU-Agrarpolitik will gut vorbereitet sein.  
Eine hochkarätig besetzte Tagung leistete wichtige Vorarbeit

Nie zuvor hatten wir eine so große Minderheit an EU-Mitgliedstaaten, die für eine radikale grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik steht“, und das sei erfreulich, sagte Dirk Ahner, Abteilungsleiter der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission auf einer gut besuchten Tagung „Agenda 2007“ Anfang November in Stuttgart-Hohenheim. Der Mitarbeiter von EU-Kommissar Fischler machte auf der von EURONATUR und der Umweltakademie Baden-Württemberg veranstalteten Tagung gleichzeitig darauf aufmerksam, dass grundlegende Änderungen erhebliche Widerstände zu überwinden hätten. So führe etwa die Forderung nach einer weiteren Entkopplung der EU-Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe und die Bindung dieser Zahlungen an soziale und ökologische Kriterien dazu, dass es zu massiven Umverteilungen von Haushaltsmitteln komme, und zwar zu Umverteilungen zwischen verschiedenen ausgerichteten Betrieben, zwischen Regionen und zwischen Mitgliedstaaten. Keine leichte Aufgabe, das alles zu berücksichtigen.

Schon die Vorschläge der EU-Kommission zur Agenda 2000 beinhalteten bekanntlich fortschrittliche Elemente, die jedoch von den Ministern und Regierungschefs vom Tisch gefegt wurden. Mitte nächsten Jahres wird die EU-Kommission ihr erstes Orientierungspapier zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000 vorlegen. Ahner vermied es, schon jetzt konkrete Aussagen zu treffen. Dennoch ließ er in einigen Punkten erkennen, in welche Richtung die Kommission denkt:

Bei Getreide mache nicht der Weizenmarkt, sondern vor allem der Roggen Probleme. Hier wandere jährlich rund ein Drittel der EU-Produktion in die Intervention. Bei der Milch „müssen wir an Optionen für den Ausstieg aus der Milchquote nach 2008“ arbeiten, meinte Ahner, ohne jedoch die Entscheidung für oder gegen die Weiterführung einer Mengengrenzung vorweg zu nehmen.

### Weniger Exportsubventionen

Zu den Exportsubventionen der EU sagte er: „Die Förderung von Exporten mit dem Ziel, Überschüsse verbilligt auf dem Weltmarkt abzusetzen, wird der Vergangenheit angehören, auch dank der WTO-Verhandlungen.“

Die Haushaltsmittel für die ländliche Entwicklung müssten erheblich ausgebaut werden. Doch beim Ausbau der zweiten Säule (Ländliche Entwicklung, Agrarumweltprogramme etc.) der Agrarpolitik gebe es offene Fragen: „Nehmen wir an, der Haushalt der 2. Säule würde verdop-

pelt“, spielte Ahner durch, „dann stünden wir sofort vor der Frage, woher die Aufstockung finanziert werden soll. Dann sind wir wieder in den Debatten der Agenda 2000 um die Modulation“, so Ahner. Eine Verdopplung der 2. Säule bedeute eine Modulation in der 1. Säule um 15%. Aber er freue sich auf diese Debatten, so Ahner.

Für das Bundeslandwirtschaftsministerium machte Unterabteilungsleiter Wolfgang Reimer den Anspruch Deutschlands deutlich, innerhalb der EU-Agrarpolitik die Rolle des Bremsers abgelegt und die Rolle der treibenden Reformkraft eingenommen zu haben. Soziale und ökologische Aspekte müssten in der europäischen Agrarpolitik weit mehr Gewicht bekommen als bisher. Der Weltmarkt biete für die überwiegende Mehrzahl der Betriebe keine Zukunftsperspektive, und auch nicht für eine umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft. Um den Betrieben wirtschaftliche Zukunftsperspektiven eröffnen und sie bei der Erschließung weiterer Einkommensquellen unterstützen zu können, müsse die 2. Säule der EU-Agrarpolitik ausgebaut werden. Dazu bedarf es auch einer Umschichtung von Finanzmitteln aus der ersten Säule. Wer sich heute lauthals dagegen stelle, gefährde damit das Geld und spiele es nur den Finanzministern zu.

### Fehlentwicklungen

Prof. Friedmann, für den Agrarbereich zuständiges Mitglied des Europäischen Rechnungshofes, stellte wesentliche agrarpolitische Instrumente der EU-Agrarpolitik in Frage. Die Einführung von Direktzahlungen im Jahr 1992 etwa, die unabhängig von der Erntemenge und unabhängig von Weltmarktpreisen gezahlt werden, hätten ursprünglich auch zum Ziel gehabt, den Druck zur Intensivierung zu verringern. Doch statt Extensivierung sei eine weitere Intensivierung zu beobachten gewesen, was sich z.B. an einem steigenden Stickstoff-Einsatz in der EU-Landwirtschaft seit 1992 zeige. Und die Silomaisprämie begünstige den Maisanbau, „der Massentierhaltung erst richtig ermöglicht“, so Prof. Friedmann. Das Ergebnis der Entwicklungen sei, dass in der EU 80% der Agrarsubventionen an 20% der Betriebe gingen.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,

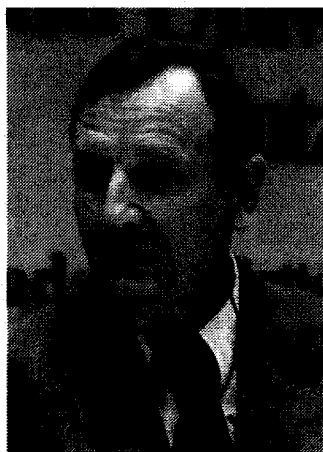
AbL-Vorsitzender und Vorsitzende des Agrarausschusses im EU-Parlament, bekräftigte, dass es leider bisher nie Ziel der EU-Agrarpolitik gewesen sei, landwirtschaftliche Betriebe zu sichern. Er forderte eine Demokratisierung der Agrarpolitik. Ein erster notwendiger Schritt dafür sei, dem Europäischen Parlament bei der Agrarpolitik endlich ein Mitspracherecht zu zu billigen. Das sei eine wichtige Vor-

aussetzung dafür, dass bei der nächsten Agenda sich die Minister und Regierungschefs nicht wieder über die sozialen und ökologischen Verbesserungsvorschläge von Kommission und Parlament hinwegsetzen könnten.

### Europäische Bündnisse

Referenten aus anderen europäischen Ländern (Polen, Frankreich, Österreich) machten deutlich, dass sich nicht nur in Deutschland landwirt-

schaftliche und gesellschaftliche Verbände auf den Weg machen, um zu gemeinsamen Positionen und Anstrengungen zur sozialen und ökologischen Reform der EU-Agrarpolitik zu kommen. Das verspricht, dass die Diskussion um die zukünftige Agrarpolitik im Vorfeld der nächsten EU-



Dirk Ahner erläuterte die Position der EU-Kommission



Einen lebhaften „internationalen“ Austausch am Rande der Tagung führten hier Sjoerd Wartena, Biobauer aus Frankreich (l.), mit Liesel Hartenstein aus Baden-Württemberg (r.) und Dorota Metera aus Polen. Fotos: Jasper

Agrarreform stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt wird als bei der Agenda 2000. Den letztlich entscheidenden Ministern und Regierungschefs wird es schwerer fallen, hinter verschlossenen Türen Dinge auszukungeln, die weder der Gesellschaft noch von der Mehrheit der Bauern gewollt werden.

uj

### Plattform

Das von einem breiten Bündnis aus dreizehn gesellschaftlichen Verbänden (u.a. AbL) im Oktober vorgelegte Positionspapier zur EU-Agrarreform (s. Bauernstimme 11/01) ist auf der Tagung auf viel positive Resonanz gestoßen. Der EU-Diplomat Ahner sagte:

„Mit Ihrem Papier kommen Sie genau zum richtigen Zeitpunkt.“ Wie zu hören ist, finden die Aussagen auch im Bundeslandwirtschaftsministerium großen Zuspruch. Die Plattform ist zu finden unter [www.euronatur.org](http://www.euronatur.org) oder zu bestellen bei AbL, ☎ 02381-9053171, Fax: -492221, [jasper@abl-ev.de](mailto:jasper@abl-ev.de)

## Warum Agrarwende bisher Verbraucherschutz meint

Der Rückblick auf den Umgang mit der BSE-Krise erklärt, warum die Agrarwende bisher auf die Interessen der Verbraucher ausgerichtet ist

Am Freitag, den 24. November 2000, teilte das Landwirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein mit, dass ein BSE-Schnelltest bei einem am 22. November 2000 in Itzehoe geschlachteten Rind positiv ausgefallen sei. Am Sonntag bestätigte die Ministerpräsidentin des Landes, Heide Simonis, das Schnelltest-Ergebnis. Der erste BSE-Fall an einem in Deutschland geborenen Rind war amtlich. Bei dem Schnelltest handelte es sich um einen freiwillig durchgeführten Test. Das rotbunte Rind war 1996 auf einem Milchviehbetrieb im Kreis Rendsburg-Eckernförder geboren und dort bis zum Schlachttag gehalten worden. Die Behörden ordneten die Vernichtung des gesamten Rindviehbestandes von 160 Tieren an. Deutschland war nicht mehr BSE-frei. Seitdem funktioniert Agrarpolitik in Deutschland anders als bisher. Durch die jahrelange Beschwichtigungen beim Thema BSE war der Schock der Gesellschaft um so größer. Das agrarpolitische Pendel schlug abrupt zur Verbraucherschutzseite aus.

### BSE vor dem 24.11.

Bereits vor dem 24.11.2000 war BSE kein allein britisches, sondern längst ein europäisches Problem. Frankreich hatte bereits seine BSE-Krise, nachdem dort umfangreiche BSE-Schnelltests eingeführt und dadurch wöchentlich BSE-Fälle entdeckt worden waren. Der Rindfleischabsatz sackte ab. Im Juli 2000 stufte die EU-Kommission Deutschland in die BSE-Gefahrenstufe zwei ein. Deutschland könne sich nicht mehr sicher sein, dass die veranlassenen Maßnahmen und deren Umsetzung ausreichen, BSE zu verhindern, so die Einschätzung und deutliche Warnung aus Brüssel.

In der Nacht vom 20. auf den 21. November 2000 einigten sich in Brüssel die EU-Agrarminister/innen darauf, ab dem 1.1.2001 in der EU alle „gefallenen“ Rinder auf BSE testen zu lassen. Ursprünglich waren nur Stichproben geplant. Auf einem nächsten EU-Agrarrat sollte geklärt werden, ob ab Mitte des Jahres 2001 auch bei nicht erkennbar erkrankten Schlachtrindern, die über 30 Monate alt sind, ein BSE-Schnelltest vorgeschrieben werden soll. In Deutschland liefen die Vorbereitungen dafür, diese Tests an „gesunden“ über 30-monatigen Rindern schon ab Anfang des Jahres 2001 verbindlich einzuführen.

Unterdessen gab es in der Berliner



Gemeinsame Aktion von Abl, BUND und NEULAND für eine Agrarwende beim Tag der Niedersachsen.

Foto: A. Frauk

Koalition Streit darüber, ob in Deutschland die Verfütterung von Tiermehl generell verboten werden sollte. Die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) beharrte auf der Einführung dieses Verbotes, Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) war dagegen. Er hatte in Brüssel gerade gegen ein EU-weites Tiermehl-Verfütterungsverbot gestimmt, als Frankreich sein Verbot auf die EU ausweiten wollten.

### Die Risiko-Lobby

Auch eine andere Vorsichtsmaßnahme fand bei Funke keine Zustimmung. Ende März 2000 hatte der EU-Kommissar für Verbraucherschutz, David Byrne, vorgeschlagen, so genannte Risikomaterialien von Rindern wie Gehirn, Rückenmark und Milz aus den Schlachtkörpern entfernen und vernichten zu lassen. Acht Mitgliedsstaaten hatten das bereits umgesetzt, Deutschland nicht. Nach langem Hin und Her setzte die EU-Kommission schließlich durch, dass Risikomaterialien EU-weit ab dem 1.10.2000 herausgenommen werden mussten. Die Diskussion über die Herausnahme

dieser Risikomaterialien steht beispielhaft dafür, wie wenig der vorbeugende Verbraucherschutz von Teilen der Wirtschaft und ihrer Verbände ernst genommen wurde. Sie versuchten, ihre eigenen kurzfristigen Wirtschaftsinteressen zu wahren. Der Vorsitzende des Deutschen Raiffeisenverbandes, Manfred Nüssel, schrieb Anfang Mai 2000 in einem Brief an Ministerin Andrea Fischer, dass in der Fleischwirtschaft „mit völligem Unverständnis“ die Absicht der EU-Kommission aufgenommen werde, auch in Deutschland von den Schlacht- und Zerlegebetrieben die Beseitigung sog. Risikomaterialien zu verlangen. Das würde, so Nüssel, die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung und Vermarktung von Schlachtrindern erheblich beeinträchtigen. Der Deutsche Bauerverband (DBV) verkündete Anfang August 2000: „Deutschland ist BSE-frei“. Der Verband „wehrt sich (...) auch gegen die jüngsten Beschlüsse der EU-Kommission, wonach ab dem 1. Oktober (2000) das spezifische Risikomaterial bei geschlachteten Wiederkäuern entfernt und unschädlich beseitigt werden soll“. In einer Entschließung des DBV-Präsidiums vom

12. September 2000 heißt es: „Der DBV erwartet, dass die Bundesregierung eine Korrektur der EU-Entscheidung kurzfristig durchsetzt.“ In Minister Funke wusste der DBV einen Mitstreiter: Am 20. November 2000 sagte Funke: „Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass deutsches Rindfleisch sicher ist.“

### Der tiefe Fall

Von all dem war nach dem 24. November nichts mehr zu hören. In den Hunderten von Talk-Runden stand der Bauernverband auf der Anklagebank. Er galt als Lobbyverband, der für (kurzfristige) wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit der Verbraucher geht. Kleinlaut versprach er Besserung. Der Rindfleischabsatz in Deutschland brach innerhalb weniger Wochen um bis zu 70 % ein. Gegen die Regierung richtete sich die massive Kritik, dass sie die agrarindustrielle Lobby hat gewähren lassen. Sinnbildlich stand dafür der Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke als ein solcher Lobbyist mit Sitz am Kabinetttisch. Wenn Tiermehl als der wahrscheinlichste Überträger von BSE

galt und andererseits nicht sichergestellt werden konnte, dass kein Kilogramm Tiermehl im Rinderfutter landet, warum war dann die Tiermehlverfütterung nicht längst ganz verboten? Wenn bestimmte Bestandteile des Tieres als BSE-Risikomaterial eingestuft wurden, warum war dann nicht längst untersagt, dass diese Risikomaterialien noch in die Ladentheke gelangten? Wenn es Testmethoden gab, warum gab es keine Pflicht zum Test, so dass der erste BSE-Fall durch einen freiwilligen Test – also zufällig – entdeckt wurde? Und so weiter.

**Politik widersprüchlich**

Wie widersprüchlich das Krisenmanagement der Regierung in den ersten Tagen und Wochen war, zeigte beispielhaft das Gezerre um das deutsche Tiermehlverbot als erste zentrale Maßnahme gegen BSE. Am 25. November beschloss der Zentrale Krisenstab von Bund und Ländern, dass über eine zu erlassende Eilverordnung die Tiermehlverfütterung ab dem 29. November verboten werden sollte. Zwei Tage später, am 27. November, zog die Bundesregierung dieses Vorhaben einer Eilverordnung aus rechtlichen Gründen zurück und

terium über eine Eilverordnung das gerade beschlossene Gesetz nachbessern wollte, um die Verfütterung bestimmter tierischer Eiweiße an Kälber doch zuzulassen. Ministerin Fischer stoppte diese Ausnahmeregelung Anfang des Jahres wieder. Dieses Chaos konnte kein Vertrauen schaffen. Im Hintergrund wurde immer noch der Einfluss der Agrarlobby vermutet.

**Der Kanzler sprach**

In dieser Situation ergriff der Bundeskanzler Gerhard Schröder am 29. November 2000 im Bundestag das Wort und sprach vom Wandel in der Agrarwirtschaft und dass es an der Zeit sei, „weg von den Agrarfabriken zu kommen“ und eine „Perspektive für eine verbraucherfreundliche Landwirtschaft“ zu entwickeln.

Das waren völlig neue Töne. Mit dieser Aussage setzte sich Schröder (scheinbar) an die Spitze der Kritiker des Alten. Er nahm die Stimmung breiter Teile der Gesellschaft auf, dass es so nicht weitergehen konnte mit der Landwirtschaft und der Agrarpolitik. Schröder zog die Hoffnungen auf eine Erneuerung und Befreiung von immer neuen Krisen auf sich. Glaubwürdig erschien des Kanzlers Wort, weil er gleichzeitig den Bauernverband als Agrarlobby in Schranken verwies, indem er zwischen den redlichen Bauern und dem Verband unterschied. Seinem Agrarminister fiel der Kanzler mit dieser Rede in den Rücken. Doch er hielt noch an ihm fest.

Am 16. und 17. Dezember meldeten die Ministerien weitere BSE-Verdachtsfälle, diesmal aus Bayern, die jeweils zwei Tage später bestätigt wurden. Allen war klar, es gab kein Zurück zur BSE-freien Zeit.

**Willes Papier**

Funke weilte tagelang in seiner Heimat, auf seinem Hof und nahm insgeheim schon Abschied von seinem Posten. Eine Delegation ihm nahestehender Mitarbeiter aus dem Ministerium versuchte an Funkses Küchentisch, ihn zur Rückkehr nach Berlin zu bewegen, und fuhr ohne ihn zurück. In seiner Berliner Abwesenheit versuchte sein Staatssekretär Dr. Martin Wille (SPD) dem Zeitgeist entgegen zu kommen. Auf den 3. Januar 2001 ist ein Papier datiert, das Wille gemeinsam mit Trittins Staatssekretär Rainer Baake

verfasst hat. Dieses „7-Punkte-Programm zu den Konsequenzen aus der BSE-Krise für die Landwirtschafts- und Umweltpolitik“ war mit Willes Chef Minister Funke nicht abgesprochen. Ohne die ministerielle Rückendeckung tauchte hier zum ersten Mal die Zahl 20 Prozent auf, auf die das „Nachfragepotential für Erzeugnisse des Ökolandbau“ bis zum Jahr 2010 anwachsen „könnte“. Dazu kamen weitere Forderungen wie Abschaffung der Silomaisprämie, Obergrenzen bei den Rinderprämien, Bindung der Prämien an ökologische und soziale Kriterien, Umschichtung von Mitteln aus dem Marktbereich in die ländliche Entwicklung etc. Diese Forderungen reichten aus, um sich gegen Minister Funke zu positionieren und den Minister weiter unter Druck zu setzen.

**Funkes „Antwort“**

Funke distanzierte sich von dem Papier und trat am 5. Januar mit einem eigenen Papier vor die Bundestagsausschüsse, das vor allem eine Rechtfertigung und Selbstbelobigung sowie ein kurz gehaltenes „Zukunftsprogramm“ mit 8 Punkten enthält. Vor allem schlägt Funke darin vor, Sicherheitssysteme in der Landwirtschaft einzuführen bzw. zu fördern, Tiermehlverfütterung EU-weit dauerhaft zu verbieten, antibiotische Leistungsförderer in der Tiermast zu verbieten. Funkses Papier war von gestern, weil es auf den Wunsch der Gesellschaft nach einer anderen, tiergerechten, bäuerlichen Landwirtschaft überhaupt nicht einging.

**Der Wechsel**

Am 9. Januar 2001 war es dann soweit. Kurz nach 18.00 Uhr gab Andrea Fischer ihren Rücktritt als Ministerin bekannt. Funke beendete da gerade eine Bauernversammlung im wendländischen Hitzacker. Während der Autofahrt nach Berlin teilte dann auch er seinen Rücktritt mit. Damit endete nicht nur die Ministerlaufbahn. Der Ministerwechsel markiert eine Wende in der Agrarpolitik. Funke war vorerst der letzte Landwirtschaftsminister, der selbst auch Bauer war. Zukünftig würde Agrarpolitik aus der Sicht der Verbraucher statt aus der Sicht der „Agrarlobby“ gedacht werden. Die Agrarwende würde zu aller erst die Interessen der Verbraucher wahrzunehmen haben. Das war nach dem Vertrauensverlust in die Agrarwirtschaft, aber eben auch in die Agrarpolitik, gar nicht anders möglich. Zu verdanken war all das einer Verharmlosungs- und Täuschungsstrategie der alten Agrarpolitik und der alten Agrarlobby. Wenn die Agrarwende glücken soll, muss sie nun den nächsten Schritt wagen: Nach den Verbrauchern auch einen großen Teil der Bauern und Bäuerinnen mitnehmen.

uj



Als er nach einer Bauernversammlung in Hitzacker in den Dienstwagen stieg, wusste Funke schon: es war vorbei. Foto: Schievelbein.

legte am gleichen Tag einen Gesetzentwurf vor, aus dem dann die Regierungsfractionen am 29. November die vorgesehenen Ausnahmen gestrichen haben. Am 30. November beschloss der Bundestag, am 1. Dezember auch der Bundesrat das „schnellste“ Gesetz der Republik. Beschlossen wurde dabei nicht nur das Tiermehlverbot, sondern auch der obligatorische BSE-Schnelltest bei allen geschlachteten Rindern über 30 Monate ab dem 6. Dezember 2000 (später wurde das Mindestalter, ab dem Schlachtrinder auf BSE getestet werden müssen, auf 24 Monate gesenkt). Einen Tag nach der Bestätigung des Gesetzes durch den Bundesrat wurde bekannt, dass das Landwirtschaftsminis-

**Aufgegabelt**

„Die Agrarwende entscheidet sich nicht an 20 Prozent öko, sondern an der Frage, ob es gelingt, die Agrarindustrie zurückzudrängen.“  
(Lutz Ribbe, Euronatur)

„Es hilft mir nicht, wenn man mir sagt: Renate, sei stark. Ich brauche Leute, die auf die Straße und in die Läden gehen und zeigen, dass sie Öko-Landbau und gesunde Lebensmittel wollen.“  
(Renate Künast in „greenpeace-magazin“)

„In der Landwirtschaft gibt es extrem verknottete Seilschaften, die ich aufröseln muss. Ich habe aber schon als Sozialarbeitern in der Männer-Vollzugsanstalt Berlin-Tegel verkrustete Strukturen kennengelernt. Da bin ich nicht zu schrecken.“  
(Renate Künast in „greenpeace-magazin“)

„Die Folge von Frau Künasts 'Klasse statt Masse': Fleisch gibt es dann nur noch montags bei bestimmten Metzgern und vielleicht noch freitags bei einem anderen Metzger – also eine Art Planwirtschaft...“  
(Der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Stächele im swf-Fernsehen)

CDU-Landtagsabgeordneter Klaus Wojahn rief dazu auf, „das Wort Fabrik nicht zum Schimpfwort zu stilisieren, sondern vielmehr als Produktionsstätte, in der hochqualifizierte Menschen Arbeit leisteten, um kostengünstig für die Verbraucher Produkte anbieten zu können.“  
(Bericht der Allgemeinen Zeitung Uelzen über eine CDU-Diskussion über Agrarfabriken)

Gekürzter Beitrag aus: Der Kritische Agrarbericht 2002, erscheint im Januar 2002

## Ist das die Agrarwende, die wir meinten?

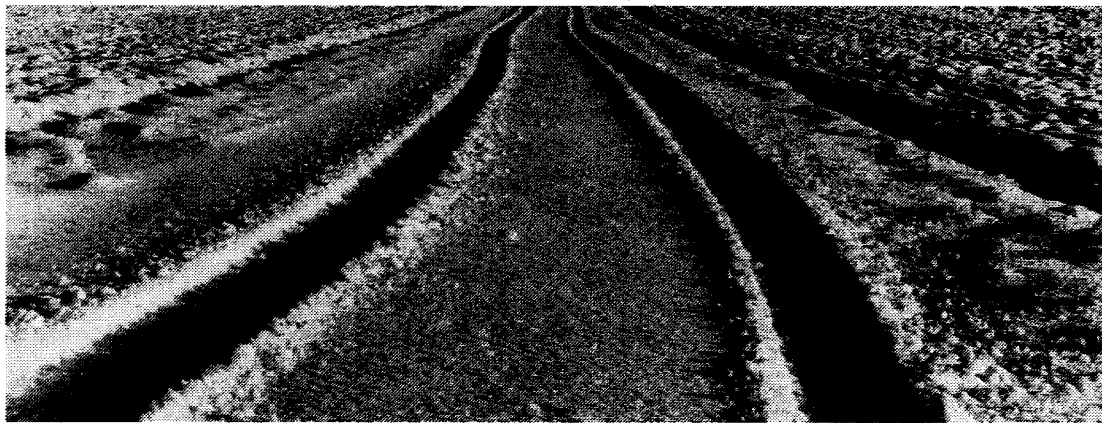
Lust und Frust, Hoffnung und Wut kennzeichnen die widersprüchlichen Stimmungen in der Landwirtschaft zur Agrarwende.  
Nach einem Jahr Neuausrichtung zeigt sich: Richtig ernst wird es erst jetzt

Bisher war die „Agrarwende“ für die Berliner Politik ein Kinderspiel. Der BSE-Schock in der Landwirtschaft hat die alte Agrarlobby bis zum Sommer kaltgestellt. Ministerin Künast konnte relativ frei gestalten. Der Kanzler gab ihr fürs erste Rückendeckung, die SPD zog schweigend mit. Die Beliebtheitswerte für die Städterin, die nun auf die Landwirtschaft aufpasste, bestätigten die Akteure. Verbraucher und Medien kritisierten höchstens, dass es sich zu langsam wendete.

Doch die BSE- und MKS-Krisen ziehen bzw. schieben nicht mehr. Der Rückenwind für eine Neuausrichtung in der Agrarpolitik ist abgeflaut. Nun muss er organisiert werden. Dabei hat der Gegenwind seine Kräfte gesammelt und bläst so langsam zum Sturm. Von der allgemeinen Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt, bereiten Landesverbände des Deutschen Bauernverbands (DBV) große Bauerndemonstrationen für die nächsten Monate vor. Die Trecker werden wieder rollen. Ein Jahr lang war das undenkbar. Zu groß war die Gefahr, dass die Öffentlichkeit empört aufschreien würde, wenn sich der DBV auf die Straße begibt. Nun wartet er ab, wie hoch die Wellen zu den Jahrestagen der BSE-Krise schlagen. Wie werden die Medien berichten? Rindfleisch wird schon wieder annähernd so viel gegessen wie vor der letzten Krise. Die Bürger scheinen beruhigt zu sein und davon auszugehen, dass die Politik schon die notwendigen Maßnahmen erlassen haben wird. Nie war Rindfleisch so sicher wie heute.

### Und die Bauern?

Der DBV als Verband ist die eine Sache. Wie ist die Stimmung unter den Bäuerinnen und Bauern? Die Position derjenigen, die von der alten Agrarpolitik profitiert haben, ist klar. Sie haben im letzten Wirtschaftsjahr gutes Geld verdient, besonders bei Schweinen und Milch. Das Geld soll keine Steuern kosten, sondern investiert werden in weitere Stallplätze und (Milch-)Quoten.



Jede neue Auflage, die ein Weiterwachsen wie bisher erschwert, ist nur hinderlich. Ob das Vorschriften für die Ausgestaltung der Schweineställe sind oder ein 50-seitiger Genehmigungsantrag mit Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine verschärfte Flächenbindung, die zusätzliche Flächenpacht notwendig macht. Die Interessenlage dieser Betriebe ist eindeutig: Sie wollen keinerlei Agrarwende. Sie wollen keinerlei „Einmischung“ der Verbraucher zu Fragen, wie deren Lebensmittel erzeugt werden. Die sollen vertrauen und kaufen.

### Enttäuschungen

Dann gibt es diejenigen, die immer auf eine Wende in der Agrarpolitik gehofft haben, offensiv oder insgeheim. Aber sie meinten eine andere Agrarwende als die, die nun gekommen ist. Die alte Entwicklung des 'Wachsen oder Weichen' hat sie immer weiter an den Rand gedrückt. Vor der BSE-Krise spielten sie innerhalb der Landwirtschaft keine Rolle mehr. Da hatten die Wachstumsbauern auch stimmungsmäßig längst die Oberhand; wer nicht wachsen, beim Flächenpachten oder Stallbauen nicht mithalten konnte oder wollte, der

galt als abgeschrieben. Die Agrarpolitik hatte diese Stimmung befördert mit dem Gerede vom Weltmarkt, von Marktanteilen, von „zukunftsfähigen“ Betrieben und Betriebsgrößen und mit ihrer Förder- und Preissenkungspolitik, die auf die rationalisierten Betriebe zugeschnitten wurde.

Viele, die am Rand standen, haben „überwintert“, hatten sich fast damit abgefunden, sich bis zum Generationswechsel halten und dann geordnet aussteigen zu sollen. Mit einer Agrarwende verbanden diese Bauern und Bäuerinnen die Hoffnung, dass nun endlich einmal sie dran sein würden. Endlich sollten sie mal Rückenwind spüren, Bestätigung dafür erhalten, dass ihre Arbeit und ihr Hof einen Sinn machen und von der Gesellschaft und der Politik gewünscht sind. Das Geld sollte nicht mehr nur bei den Wachstumsbetrieben landen, sondern endlich auch spürbar bei ihnen ankommen.

### Nur Auflagen?

„Von der Agrarwende ist bei uns bisher nichts anderes angekommen als Auflagen, die zusätzlichen Schreibkram bedeuten, aber keine Mark mehr auf unsere Höfe bringen.“ In den letzten Wo-

chen setzt sich diese Haltung immer mehr durch, auch unter denen, die an einer Agrarwende großes Interesse hatten. Die Zielrichtung des Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzes wird von ihnen oftmals grundsätzlich sehr begrüßt. Diese Werte verbinden sie untrennbar mit ihrer Wirtschaftsweise und empfinden sie kaum als Angriff. Aber wenn diese Werte jetzt nur

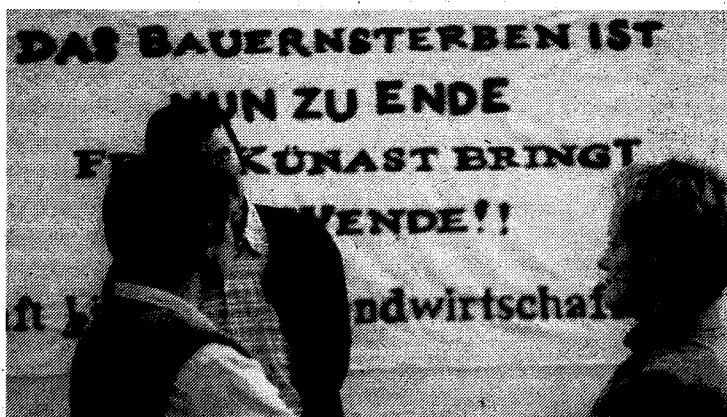
als Auflagen, Dokumentation und Kontrolle daher kommen, bröckelt die Zustimmung. Wenn die Bauern sich bei einer leichten Euterenzündung weniger um die Kuh kümmern können als dass sie am Telefon hängen, um den Tierarzt pro forma auf den Hof zu holen, damit der die Diagnose bestätigt und dann endlich die Eutersalbe für eine Behandlung verschreibt, dann erzeugt das Unverständnis und Widerstand.

Dann wird geklatscht, wenn die Kreisbäuerin der Ministerin aufgebracht vorwirft, sie kriminalisiere die Bauern und unterstelle, dass auf den Höfen unbedacht Medikamente eingesetzt würden. So rufen die Maßnahmen, die die Verbraucher schützen sollen, Widerstand bei denen hervor, die nicht zu den Cocktail-Mixern gehören oder beim Autobahntierarzt Schlange standen. Merkwürdige Solidarisierungen finden da statt. Frustrierte Befürworter der Agrarwende wenden sich ab und überlassen das Feld denjenigen, die keinerlei Interesse an Veränderungen haben.

### Eigeninitiative

Es gibt keinen einfachen Ausweg aus dieser verqueren Situation. Die Politik muss sich überlegen, wie sie einen Teil der Bauern gewinnen und mitnehmen kann. Die Bauern sind nicht minder gefragt. Wenn Verbraucherschutz das Thema ist, müssen sie sich selbst zu Handelnden machen und nicht allein auf die Agrarwende von oben warten.

Beide Seiten sind weiter gefordert. Im Jahr zwei der Agrarwende wird das umso wichtiger, je stärker sich diejenigen organisieren, die jede Agrarwende ablehnen. Zu allem „Überfluss“ wird im nächsten Herbst gewählt. Es wird ernst. *uj*



Die alten Agrarpolitiker des „wachsen oder weichen!“ haben das „Bauernsterben“ gefördert. Viele haben sich von der Agrarwende hier einen Wandel erhofft. Bisher ist diese soziale Seite der Agrarwende unterbelichtet. Die Frage ist: Wer soll hier leuchten? Wo sind die Verbündeten? Fotos: Archiv

## Nur Dickköpfe können das Durchkämpfen

Vielfalt auf dem Markt war das Thema einer Tagung, dass sich mit der Frage beschäftigte wie seltene Tierrassen und Pflanzensorten geschützt vermarktet werden können.

Der Ort war gut gewählt: In der Diepholzer Moorniederung in Niedersachsen haben sich Naturschützer, Landwirte und Züchter der alten weißen hornlosen Heidschnucke zusammengeschlossen. Drei landwirtschaftliche Betriebe, die zur Freude der Naturschutzverbände ihre alte Schafrasse auf den Moorflächen weiden lassen.

In Sulingen im Kreis Diepholz veranstaltete Anfang November das Informationszentrum Genetische Ressourcen eine Tagung „Vielfalt auf dem

kämpfen“, erzählt Jan Teerling vom Schäferhof, einer der drei Betriebsleiter. Die Marke bietet einen Schutz vor Nachahmern, die mit anderen Rassen arbeiten, die nicht so extensiv gehalten werden können und auf fruchtbarere Wiesen als die Moorlandschaft angewiesen sind.

### Rege für den Absatz

Aber die drei Bauern setzen nicht nur auf die Schutzmarke, die für Produkte mit besonderer Qualität aus einer be-

ne Rassenbezeichnung geschützt werden können, ist jetzt nur ein Bild und nicht der Begriff „Hinterwälder Rind“ geschützt. Das sieht Diethild Wanke, die das Projekt auf der Tagung in Sulingen vorstellte, im Nachhinein als Fehler. Für den Erfolg des geographischen Herkunftsschutzes sei eine gute Beratung das A und O, an guten Beratern mangle es noch.

Auch die verschwommenen Kriterien des „Hinterwälder Rind“ führt sie zum Teil auf die Beratung zurück. Aus der Aufstellung der Kriterien sind weder die zugelassenen bzw. nicht-zugelassenen Futtermittel, noch die Anforderungen an das Haltungssystem klar ersichtlich. Allerdings einigen sich 105 viehhaltende Betriebe auch schwieriger auf Regeln der Erzeugung als nur drei Bauern wie in der Diepholzer Moorniederung. Die Bauern und Bäuerinnen im Schwarzwald sind auch zögerlich Lizenzen für das Zeichen zu zahlen, denn das Zeichen allein bringt noch keinen Aufpreis. Zum anderen war der Schwarzwald Realteilungsgebiet. So wirtschaften viele der Höfe im Nebenerwerb mit wenig Kühen, die sie über ihren langjährig aufgebauten Absatz an Verwandte, Bekannte und langjährige Kunden vermarkten können. Das Zeichen verspricht da wenig Vorteile.

Die Bemühungen des Vereins Abnehmer für die besondere Qualität der Hinterwälder Rinder zu finden hatten bisher geringen Erfolg. Bei mehreren

des Rindes für eine angepasste Nutzung der hängigen Schwarzwaldwiesen ist unumstritten.

Doch auch in dem Verein wird die Notwendigkeit gesehen einiges an dem bisherigen Stand zu überarbeiten. Es gibt Überlegungen, ob nicht noch ein Name statt dem reinen Bildzeichen geschützt werden kann und auch an den Kriterien soll weitergearbeitet werden.

### Ersetzt keine gute Vermarktung

Wenn Verbraucher von den Vorzügen und Aufpreisen für Produkte überzeugt werden sollen, muss sich ihre Erzeugung und Weiterverarbeitung auch in mehr als einem Stempel auf der Packung von anderen Angeboten im Supermarkt unterscheiden. Denn wie Reimar von Alvensleben, Professor für Agrarmarketing an der Universität Kiel, auf der Tagung in Sulingen vortrug, unterscheiden Verbraucher kaum zwischen dem Gütesiegel des Landes Schleswig-Holstein und anderen Verpackungsaufdrucken wie „..... aus Schleswig-Holstein“. Wichtig sei so folgert von Alvensleben die „emotionale Bindung an die Region“. Möglich ist auch, dass die Verbraucher jedoch wissen, dass die ganzen Beteuerungen und Zeichen auf den Verpackung allzu oft nichts aussagen. Umso wichtiger sind klare Kriterien der Erzeugung und Weiterverarbeitung mit hoher Glaubwürdigkeit. So zieht Diethild Wanke für das Hinterwälder Rind folgendes Fazit: „Eine geographische Herkunftsbe-



Perfekt an ihre Umgebung angepasst: die Diepholzer Moorschnucken. Geschützt durch ein geographische Herkunftszeichen der EU. Foto: Teerling

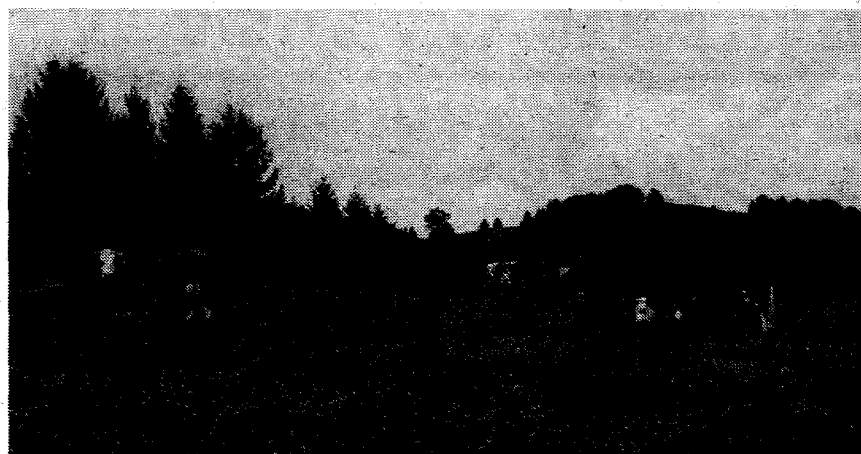
Markt“. Thema war die Frage, wie sich die EU-Verordnung über geographische Herkunftszeichen zum Schutz und verbesserten Vermarktung von seltenen Nutztierassen und Pflanzensorten einsetzen lässt. Die Frage war mutig, denn die EU-Verordnung 2082/92 schließt den Markenschutz für Tierrassen und Pflanzensorten ausdrücklich aus. Aber mit etwas Phantasie gelingt es trotzdem. Die drei Betriebe im Diepholzer Moor, einem Landstrich mit geringer Bevölkerungsdichte, haben es vorgemacht. Sie gaben ihrer Schafrasse einen neuen Namen „Diepholzer Moorschnucke“ und entwickelten eine klare Beschreibung der Haltungs- oder eher Hüttekriterien: kein Zukauf von Tieren, ganzjährige Hüttehaltung, Tiere ernähren sich ausschließlich von den Moorflächen. Im Winter wird Heu von Feuchtwiesen zugefüttert. Die Schafe sind der Moorlandschaft gut angepasst und ernähren sich von Moorgräsern, Birkenaufwuchs und Heidekraut, so werden die Moorflächen vor dem Verbuschen geschützt.

Mit Hilfe der CMA und des niedersächsischen Schafzuchtverbandes und viel Durchhaltevermögen sind die Bauern schließlich zu einer Eintragung beim Patentamt in München gekommen. „Nur Dickköpfe können das durch-

grenzten Region vergeben werden kann. Zusätzlich wirtschaften sie nach den Regeln von Neuland und Bioland, der Ulenhof wirbt auch noch mit Euro-natur. Ein nahe gelegener Schlachthof verarbeitet die Tiere. Bestellungen können über das Internet aufgegeben werden. Von den drei Betrieben werden jährlich 1.000 bis 1.500 Schafe vermarktet. Um näher an Absatzmärkte zu kommen wird bei Hannover mit Neuland zusammen vermarktet. Im Mai gibt es bei Teerlings ein Hoffest mit über tausend Besucher, die sich von den Haltungsbedingungen überzeugen lassen können.

### Bekannte Region

Auch wenn das geographische Herkunftszeichen noch unbekannt ist, gibt es auch in anderen Regionen Versuche es zur geschützten Vermarktung von seltenen Tierrassen oder Pflanzensorten zu nutzen. Im Schwarzwald haben sich seit 1987 Halter des Hinterwälder Rind, einer alten und bedrohten Nutztierasse des Mittelgebirges, im Förderverein Hinterwäldervieh e.V. zusammengeschlossen. Schon 1991 wurde das geografische Herkunftszeichen beim Patentamt in München eingetragen. Doch da im Markenschutz und auch bei der EU-Verordnung 2081 kei-



Im Schwarzwald ist das Hinterwälder Rind beim Patentamt als Marke eingetragen worden. Aber Lizenznehmer sind zögerlich. Foto: Wanke

Anläufen sind nur zwei Restaurantbetriebe als Lizenznehmer für das Zeichen gewonnen worden.

Dabei sind die äußeren Bedingungen der Region Schwarzwald günstig. Die Region ist sehr bekannt, der Tourismus hat eine hohe Bedeutung. Die Eignung

zeichnung kann der Vermarktung regionaler Produkte sicherlich förderlich sein, nur entbindet sie nicht von dem oft mühseligem Aufbau geeigneter Vermarktungsstrukturen.“ ms

Ein Tagungsband mit den Beiträgen wird veröffentlicht.

# Biogas, das ruhende Potenzial der Landwirtschaft

Obwohl die Energieerzeugung aus Biomasse unter Aspekten des Klimaschutzes propagiert wird, erweisen sich Genehmigungsbedingungen für den Anlagenbau oft als verwirrend und uneinheitlich.

Knackpunkt bleibt die Frage der Kofermentation.

## Gegen Hühnerkot-Entsorgung

Mit großer Mehrheit hat sich der Stadtrat im niedersächsischen Meppen gegen die Pläne des Energiekonzerns RWE zur „Errichtung eines Biomassekraftwerks mit der Energie Hühnermist“ ausgesprochen. Der Beschluss der Ratsmitglieder richtet sich laut „Osnabrücker Zeitung“ keineswegs gegen die Verwertung von Biomasse, sondern gegen den „Misttourismus“ aus industrieller Tierhaltung im Raum Cloppenburg-Vechta (mit erheblichen Gülle- und Geflügelkot-Überschüssen).

en

Um übergeordnete Ziele der Energiepolitik und des Klimaschutzes auf europäischer und nationaler Ebene zu erreichen, muss die energetische Nutzung von Biomasse erheblich gesteigert werden. Die Erzeugung von Biogas und dessen Umwandlung in Strom und Wärme im Rahmen landwirtschaftlicher Tätigkeiten ist dazu in besonderem Maße geeignet.

### Nötige Rahmenbedingungen

Nachdem auf Bundesebene die dazu notwendigen Rahmenbedingungen durch das Erneuerbare Energie Gesetz und die Biomasseverordnung sowie die Förderprogramme geschaffen wurden, gilt es nun, das vorhandene Potenzial nutzbar zu machen. Dazu zählt auch die Schaffung transparenter und einheitlicher Genehmigungsvoraussetzungen für Biogasanlagen in der Landwirtschaft.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass unter Beachtung des Freiraumschutzes und der Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege und anderer Umweltbelange eine ressourcenschonende Energieerzeugung aus Biogas wesentlich zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bei-

dem Baurecht oder dem Bundesimmissionsrecht (BImSchG) gestellt werden. Demnach werden die Anträge, die in den Bereich des BImSchG fallen, in Nordrhein-Westfalen bei den staatlichen Umweltämtern gestellt. Die federführende Behörde kann zur Beurteilung des Antrages die folgenden Behörden beteiligen:

- Untere Baubehörde – Baurecht
- Staatliches Umweltamt – Immissionsrecht, Abfallrecht
- Bezirksregierung – Abfallrecht
- Untere Wasserbehörde – Wasserrecht
- Untere Landschaftsbehörde – Naturschutzrecht
- Untere Abfallbehörde – Abfallrecht
- Landwirtschaftskammer – Düngemittelrecht, Abfallrecht und Wasserrecht
- Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd – Düngemittelrecht
- Veterinärbehörde – Tierkörperbeseitigungsgesetz
- Hauptzollamt – Mineralölsteuergesetz, Stromsteuergesetz.

In der Vergangenheit haben sich Schwierigkeiten ergeben, die sowohl auf die Unkenntnis zu diesem neuen Themenkomplex, als auch auf die Unklarheiten der zahlreich implementierten Gesetze zurück zu führen sind.

### Frage der Kofermentation

Die geführten Gespräche zwischen Bauern, Planern und Behörden drehen sich vor allem um das Thema Kofermentation. Dabei ist unter diesem Begriff das Vergären von organischen Reststoffen mit den vorhandenen Wirtschaftsdüngern zu verstehen. Dabei werden gerne Stoffe zugesetzt, die einen hohen Energiewert haben, z.B. Fette aus Fettabscheidern, Glycerin als Nebenprodukt der Biodieselherstellung,

tierische Fette usw. Aber auch Molke, Kartoffelschalen, Grünschnitt usw. werden zugesetzt, bringen jedoch weniger Energie im Verhältnis zur Masse.

Kofermentation ist ein brisantes Thema, weil damit Assoziationen geweckt werden, die nicht im Einklang mit umweltfreundlicher Energieerzeugung stehen.

Vielmehr kommt die Landwirtschaft dadurch in den Bereich der Entsorgung und entsprechender Gesetze wie der Bioabfallverordnung. Im Grunde sind aber auch diese Stoffe aus der Weiterverarbeitung landwirtschaftlich.

### Energieerzeugung als landwirtschaftliche Tätigkeit

Der Landwirtschaft werden solche Erwerbstätigkeiten nur in geringen Maßen zugesprochen. Eine flächendeckende Erweiterung der Landwirtschaft zeichnet sich durch das neue Standbein einer Biogasanlage in Kombination mit der Kofermentation deutlich ab und dient der Stärkung der landwirtschaftlichen Strukturen.

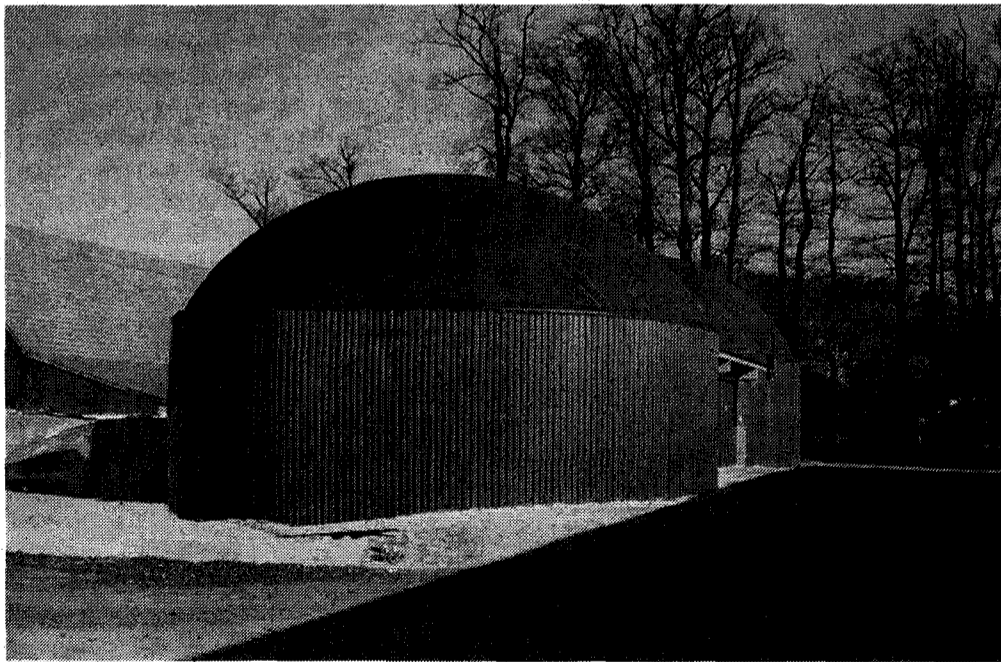
Was spricht dagegen, wenn das Thema Energieerzeugung in den Bereich der Landwirtschaft fällt, wo seither Energie in Form von Nahrungsmitteln erzeugt wird? Es wäre für alle Beteiligten um ein vielfaches einfacher, wenn im Baugesetzbuch im § 35 Bauen im Außenbereich in Absatz 6 „der Erforschung, Entwicklung und Nutzung der Wind- oder Wasserenergie dient“ das Wort „Biomasse“ hinzugefügt wird.

Auch die Agrarministerinnen und -minister haben sich Ende September auf ihrer Konferenz in Prenzlau für baurechtliche Erleichterungen im Genehmigungsverfahren von Biogasanlagen im Außenbereich ausgesprochen. Hintergrund sind teilweise sehr restriktive Auslegungen des Baugesetzbuches durch die vor Ort zuständigen Baubehörden beim Bauen im Außenbereich und beim gemeinsamen Betrieb einer Biogasanlage durch mehrere Landwirte. „Biogasanlagen sollten auch im Außenbereich zulässig sein und eine neue Perspektive für land- und forstwirtschaftliche Betriebe werden“, erklärte die nordrhein-westfälische Ministerin Bärbel Höhn.

### Potenziale wecken

Die ruhenden Potenziale, die in der Landwirtschaft stecken, können durch Erleichterungen im Genehmigungsverfahren geweckt werden. Damit ist gemeint, dass auch diejenigen Betriebe eine Biogasanlage wirtschaftlich betreiben könnten, die zum heutigen Zeitpunkt noch zu klein sind. Würde aber die Kofermentation zu einer kalkulierbaren Größe, könnte die Energieerzeugung durch landwirtschaftliche Biogasanlagen einen wesentlichen Beitrag zum Energiemix tragen.

Dipl.-Ing. Wolfgang Stürzebecher,  
Firma PlanET Energietechnik GmbH,  
Vreden



Landwirtschaftliche Biogasanlage in Vreden mit zwei 570 m<sup>3</sup>-Behältern als Fermenter mit Nachgärung für Mais, Gülle und Hühnerkot, ausgelegt für 250 GV. Mit 160 kW schon eine der größeren Anlagen.  
Foto: Stürzebecher

trägt und zugleich die wirtschaftlichen Grundlagen der heimischen Landwirtschaft verbessert.

### Betroffene Rechtsbereiche

Grundsätzlich unterscheiden sich die Genehmigungsanträge für landwirtschaftliche Biogasanlagen danach, ob sie nach



## Interkulturelles Lernen auf Biohöfen

Verein LOGO organisiert Praktika für StudentInnen aus Osteuropa

Wenn Igor erzählt, er komme aus Prochladny in Kabardino-Balkarien, dann muss ich zugeben, dass ich keinerlei Vorstellung davon habe, wo das sein könnte. Igor studiert in Stawropol, was mir schon bekannter vorkommt. Dennoch komme ich nicht ohne einen genauen Blick auf die Landkarte aus. Seine Heimat ist über 3000 Kilometer von seinem derzeitigen Aufenthaltsort entfernt. Prochladny, Igors Heimatstadt, liegt im Nordkaukasus. Igor ist 22 Jahre alt, studiert Tierproduktion im fünften Studienjahr und lebt, arbeitet und lernt jetzt schon seit Mai auf dem Schanzenhof von Ruth und Ludger Schreiber bei Wesel. Er spricht mittlerweile so gut Deutsch, dass gar nicht auffällt, dass ich kein Wort russisch verstehe.

### Intensiv gewirtschaftet

Igor ist einer von etwa 150 Studenten und Studentinnen aus Osteuropa, die ein fast 6-monatiges Praktikum auf deutschen ökologisch wirtschaftenden Betrieben absolvieren. Er hat in Stawropol von dieser Möglichkeit erfahren und das Interesse an ökologischer Tierhaltung und alternativer Tiermedizin keimte in ihm auf. Eine genauere Vorstellung davon, was ihn erwartete, hatte er allerdings nicht. In seiner Heimat, die zum Nordkaukasus gehört, wird durchgehend konventionell und eher intensiv gewirtschaftet. Die Region hat gute Böden und wo das Klima für Landwirtschaft und Gartenbau zu trocken ist, wird intensiv bewässert. Sonnenblume, Wasser- und Zuckermelone gehören zu den Standardkulturen. Es wird hier mehr produziert, als die Region braucht. Vieles geht in klimatisch ungünstigere Regionen und große Städte Russlands. Dennoch hat seine Familie – wie das in Russland so üblich ist – ein Wochenendhaus (Datscha genannt) mit Gemüsegarten, Hühnern und Kaninchen zur Selbstversorgung.

### Umwelt wird Thema

Aber, so sagt er, allmählich gewinnt der Umweltschutz auch bei ihm zu Hause an Bedeutung, wenn auch bisher in erster Linie „nur“ kontrovers darüber diskutiert wird. Und sogar in der wissenschaftlichen Ausbildung kommen Umweltthemen vor. So beschäftigen sich wissenschaftliche Institute oder Organisationen z.B. mit der Agroökologie, dem Boden- und dem Gewässerschutz. Umweltschutzthemen rücken mehr und mehr in den Vordergrund. Igor meint allerdings, dass es an der praktischen Umsetzung des Umweltschutzes fehlt. Das ist auf dem Schanzenhof anders.

Schreibers bewirtschaften ihren Betrieb seit 6 Jahren biologisch-dynamisch. Im Stall steht eine 90-köpfige Milchviehherde und 50 Schweine werden gemästet. Ein solcher Betrieb gehört bei ihm zu Hause eher zu den kleinen. Im Stall und im Melkstand arbeitet Igor am liebsten. Hier hat er gelernt, wie die Schreibers ihre Tiere ho-



Igor aus dem Nordkaukasus sammelt Erfahrungen auf einem Gastbetrieb in Deutschland

möopathisch behandeln und nach welchen Kriterien sie ihre Zucht betreiben. Er durfte auch mal einen Tag mit dem örtlichen Tierarzt mitfahren.

### Schwierige Betriebsgründung

Organisiert wird dieses Praktikum über den gemeinnützigen Verein LOGO e.V. (Landwirtschaft und Oekologisches Gleichgewicht in Osteuropa). LOGO ist ein Zusammenschluss ökologisch wirtschaftender Landwirte, Wissenschaftler und anderer Interessierter und möchte jungen Menschen aus Osteuropa den Einblick in die ökologische Landwirtschaft in Deutschland ermöglichen. Seit 1995 werden jedes Jahr über 100 Studenten und Studentinnen aus über 30 Hochschulen auf anerkannt ökologisch wirtschaftende Höfe in mehreren Bundesländern verteilt. Sie sollen dort nach und nach in allen Wirtschaftsbereichen des Hofes Erfahrungen sammeln. Während des Praktikums werden sie fachlich begleitet und betreut. Was er mit all dem anfangen wird, das er hier bei Familie Schreiber gelernt hat, das weiß Igor noch nicht so genau. Er würde wohl gerne einen eigenen Hof haben, aber auch hier wie beinahe im gesamten osteuropäischen Raum gibt es Probleme mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen. Die meisten Kolchosen und Sowchosen wur-

den „privatisiert“, indem sie in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Einen Teil der Aktien hält jedoch der Staat, und die Betriebsgrößen haben sich kaum geändert. Nur arbeiten heute weniger Menschen in der Landwirtschaft als vor „Glasnost“, in vielen Gegenden herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Rahmenbedin-

gungen, um einen Familienbetrieb zu gründen, sind eher ungünstig. Und in einem Land, in dem die Menschen bereits die Hälfte ihres Lohns für Lebensmittel ausgeben, ist ein Mehrpreis für ökologisch erzeugte Produkte kaum zu erzielen. Aber das wäre vielleicht auch nicht die richtige Motivation für eine ökologische Landwirtschaft in Russland.

LOGO will mit seinem Programm möglichst vielen jungen Leuten Einblicke in ökologische Fragestellungen und Problemlösungen ermöglichen. Das Gesehene und Erlernte soll dabei nicht unbesehen kopiert werden. Ziel ist es, in den klimatisch und kulturell unterschiedlichen Regionen Osteuropas Impulse für eine angemessene ökologische Entwicklung zu setzen, und das fängt bekannterweise in den Köpfen an. Igor sagt gegen Ende seiner Zeit in Deutschland jedenfalls: „Ich konnte sowohl praktische Erfahrungen und Fertigkeiten in ökologischer Landwirtschaft als auch Lebenserfahrung sammeln. Darüber hinaus habe ich meine Deutschkenntnisse vertieft. Ich denke, dass das Praktikum für meine berufliche Zukunft von großer Bedeutung war.“

Anja Oetmann-Mennen

Informationen bei: LOGO e.V., Dr. Hartwig Mennen, Tel. 05484/962222

### Schlachthof-Schließung

#### zwecks Lohnrückerei?

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hat dem Großschlachthof D&S mit Hauptsitz in Essen vorgeworfen, dass er seinen Schlachthof in Cappeln bewusst sterben ließ, um anschließend (nach Entlassung der heimischen Arbeitnehmer) nur mit billigen osteuropäischen Kontingentarbeitern weiterzuarbeiten. Bereits jetzt, so die NGG, gebe es bei D&S keine Lohnstarife, ein Drittel der 800 Beschäftigten bestehe bereits aus Kontingentarbeitern aus Osteuropa, mit maximal dreijährigen Werkverträgen und Stundenlöhnen unter 10 Mark. Der Geschäftsführer von D&S hat diese Vorwürfe von sich gewiesen: der Schlachthof in Cappeln werde derzeit zwar renoviert, aber ob die Produktion wieder aufgenommen werde, sei noch nicht entschieden. en

## Zwangsarbeit in der Landwirtschaft?

In den Erinnerungen der Enkel wurden die Zwangsarbeiter auf den Höfen der Großeltern gut behandelt. Doch die menschenverachtenden Regelungen für ihr Leben im Nationalsozialismus werden dabei gerne vergessen, auch die Erinnerung an die Strafen für die nach Deutschland Verschleppten und die ungerechte Bezahlungen ist blass.

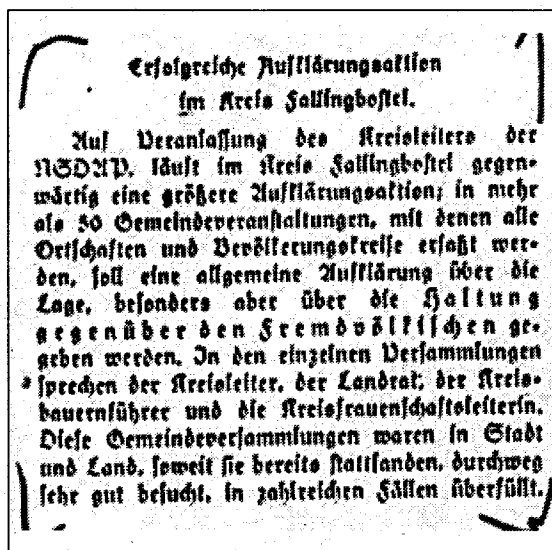
Der Pole hatte es gut auf dem Hof meiner Großeltern.“, so äußern sich heute sinngemäß in nicht wenigen Fällen Enkel von Bauern, auf deren Höfen ausländische Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges arbeiten mussten. Deutlich wird an dieser Äußerung, dass die nationalsozialistische Zwangsarbeit in der Landwirtschaft im Familiengedächtnis nach wie vor präsent ist. Die damaligen Verhältnisse auf dem Familienhof wurden und werden häufig positiv gewendet. Landwirtschaftliche Berufsverbände sehen keine Veranlassung, Entschädigungen zu zahlen. So ist für Michael Lohse, den Sprecher des deutschen Bauernverbandes die nationalsozialistische Zwangsarbeit kein Thema. Sicherlich hat es nach seiner Einschätzung in den Zeiten des Krieges Zwangsarbeiter gegeben, doch „die hatten ja nicht schlecht zu essen – und das war damals ja auch schon etwas“ (FR vom 26.9.1998).

### Leugnung des Zwangs

Ausgeblendet wird hierbei die rassistische Komponente der nationalsozialistischen Ausländerbeschäftigung. Nur wenige kamen oder blieben freiwillig in Deutschland. Im Frühjahr 1944 erklärte der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel: „Von den 5 Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200.000 freiwillig gekommen.“ Vergessen wird auch die harte Bestrafung durch Justiz und Polizei bei Verstößen gegen die Vorschriften. Osteuropäische Arbeitskräfte hatten nur eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit und mussten ein P- oder Ost-Abzeichen an ihre Kleidung anheften. Landarbeiter unterschiedlicher Nationalität saßen wegen geringfügiger Vergehen in den Gerichtsgefängnissen, in den Arrestzellen kleinerer Orte oder kamen in Konzentrationslager und Arbeitserziehungslager. In allen ländlichen Gebieten Deutschlands wurden osteuropäische Männer öffentlich gehängt, weil sie Beziehungen zu deutschen Frauen gehabt hatten oder auch wegen anderer Vergehen.

### Ersehnte Arbeitskräfte

Schon wenige Tage nach Kriegsbeginn arbeiteten die ersten polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland, Ende 1939 waren ca. 300.000 in der Landwirtschaft eingesetzt. Damit konnte allerdings der Bedarf an Ar-



Niedersachsen-Stürmer. Revolutionäres Kampfblatt für das Landvolk vom 26.12.1942

beitskräften nicht gedeckt werden. Die Einziehungen zur Wehrmacht hatten die desolate Arbeitskräftesituation in der deutschen Landwirtschaft noch verschärft. So berichtete der niedersächsische Landrat von Celle Anfang Oktober 1939 dem Regierungspräsidenten in Lüneburg: „Die Bauern hatten zur Kartoffelernte auf Kriegsgefangene gehofft. Die erforderlichen Lager wurden eingerichtet. Doch erst wurden die Rübengebiete mit Kriegsgefangenen versorgt. Die Kriegsgefangenen sind hier sehlichst erwartet, aber werden in absehbarer Zeit nicht kommen. Die Enttäuschung ist allgemein.“ Landwirtschaftliche Betriebsinhaber, Gemeinden oder Verbände bemühten sich, vom Arbeitsamt eine möglichst große Zahl von Gefangenen zugewiesen zu bekommen.

Während der gesamten Kriegsjahre blieb die Ausländerquote in der Landwirtschaft sehr hoch. Im August 1944 waren 66,7% aller polnischen sowie 28,5% aller sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt. Im Reichsdurchschnitt hatte dieser Wirtschaftszweig zu diesem Zeitpunkt mit 46,4% den höchsten Ausländeranteil.

Da die osteuropäischen Arbeitskräfte auch als Einzelkräfte in bäuerlichen Be-

trieben arbeiten sollten, ergaben sich für die Behörden im Sinne der rassistischen Ideologie besondere Gefahrenpunkte. Im Unterschied zum Einsatz von Zwangsarbeitern in weiten Bereichen der Industrie war es in der Landwirtschaft schwieriger, ausländische Arbeitskräfte von der deutschen Bevölkerung zu isolieren. Mehr als drei Viertel der deutschen Landwirtschaftsbetriebe waren klein- und mittelbäuerliche Familienbetriebe, die eine begrenzte Anzahl von Landarbeitern auf ihrem Hof benötigten. Durch diese Situation war eine lückenlose polizeiliche Überwachung nicht zu realisieren. Somit wurden vor allem Betriebsführer, aber auch die gesamte Landbevölkerung aufgefordert, „ein wachsames Auge“ auf das Verhalten der Ausländer zu werfen. Politische Hoheitsträger und die Dienststellen des Reichsnährstandes bemühten sich die deutsche Landbevölkerung zu einem richtigen Verhalten zu erziehen.

### Kostensparende Arbeitskräfte

Kriegsgefangene waren bei den Bauern äußerst begehrt, für sie mussten zunächst 60% der Lohnsätze für deutsche Landarbeiter an die Kriegsgefangenenlager gezahlt werden. 1943 erfolgte eine einheitliche Regelung wonach für jeden Kriegsgefangenen gleich welcher Nationalität pro Arbeitstag 70 Reichspfennig zu überweisen waren. Davon sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen nur 20 Reichspfennig, die polnischen 50 Reichspfennig und alle übrigen 70 Reichspfennig erhalten. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass an sowjetische Kriegsgefangene eine Leistungszulage bis zu 20 RM Reichspfennig Tag gezahlt werden konnte und allen übrigen eine Zulage von 20% des tariflichen oder ortsüblichen Lohns.

Für die polnischen Männer und Frauen waren nach der Reichstarifordnung vom 8.1.1940 erheblich niedrigere Löhne festgelegt worden als für deutsche Arbeitskräfte. Reichsweit verdienten polnische Arbeitskräfte zu diesem Zeitpunkt 50 bis 20% weniger als deutsche. Andere ausländische Arbeitskräfte wurden hingegen den deutschen Landarbeitern gleichgesetzt. Seit dem Frühjahr 1940 waren dann aber für die bäuerlichen Betriebe polnische Arbeitskräfte kaum kostengünstiger als deutsche. Die Nettolöhne der polnischen Männer und Frauen blieben dennoch

niedrig, da ein Teil ihres Lohns direkt an das Finanzamt ging. („Sozialausgleichsabgabe“ für Polen). Niedrig waren auch die Löhne für sogenannte Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen. Auch ein Teil ihres Lohns wurde so gleich als „Ostarbeiterabgabe“ ans Finanzamt abgeführt.

### Fazit

Hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln waren ausländische Landarbeiter im Vergleich zu ihren in Lagern lebenden und in der Industrie beschäftigten Landsleuten in der Tat häufig besser gestellt. Auch finden sich Fotos in den Familienalben, die dokumentieren, dass Ausländer und Kriegsgefangene unterschiedlicher Nationalitäten integriert waren. Freilich darf hierbei nicht vergessen werden, dass



Winsener Nachrichten vom 8.3.1940

dies immer mit einer befriedigenden Arbeitsleistung verknüpft war. Betrachtet man die Bezahlung, die Formen von Repression und Verfolgung, die Situation von schwangeren Osteuropäerinnen, sowjetischen und polnischen Säuglingen und Kindern oder die mangelnde Versorgung im Krankheitsfall so lassen sich keine großen Unterschiede zu den Verhältnissen in anderen Wirtschaftszweigen ausmachen.

Dr. Katharina Hoffmann,  
Historikerin, Lehrbeauftragte an den  
Universitäten Lüneburg  
und Oldenburg

## Widerstand gegen Mobilfunkantennen

Der Bundesverband gegen Elektrosmog, in dem sich 100 Initiativen zusammengeschlossen haben, fordert wesentlich niedrigere Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung aus Mobilfunkantennen. Die bisherigen Werte würden lediglich die Erwärmung des Organismus aufgrund der thermischen Strahlungsmenge, nicht aber die gravierenden biologischen Wirkungen berücksichtigen. Eine Studie aus Hannover fand laut Tagesspiegel Hinweise auf krebsfördernde und chromosomenverändernde Wirkung, Beeinflussung des zentralen Nervensystems, des Hormon- und Immunsystems. Gesundheitsbeeinträchtigungen bei Tieren hatte bereits eine bayerische Studie konstatiert. Auch die Strahlenschutzkommission schließt Gesundheitsgefahren nicht aus, hält aber die vorhandenen Hinweise und die Untersuchungsbasis derzeit für nicht ausreichend für eine Grenzwertsenkung. Der Bundesverband gegen Elektrosmog fordert dennoch ein Verbot für Mobilantennen in Wohngebieten sowie an Kindergärten und Schulen sowie eine baurechtliche Genehmigungspraxis für Mobilfunkantennen wegen des damit verbun-



Kein Kinderspiel. Foto: Eisenberg

denen Einspruchsrechts der Anwohner. Mittlerweile gebe es in jeder zweiten Gemeinde Initiativen gegen die Antennen. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) hat unter Mitwirkung des Deutschen Bauernverbands einen Mustervertrag für landwirtschaftliche Antennen-Standorte mit der Telekom-Tochterfirma DTI erarbeitet. Darin sind vor allem Fragen der vorzeitigen Kündigung und der Gestattungs-Vergütung (8.000 bis 12.000 DM jährlich plus Zuschläge bei Mehrfachvermietung) vereinbart. Hinsichtlich der „öffentlichen Diskussion um die Elektrosmog-Problematik“ wurde lediglich vereinbart, dass bei veränderten Grenzwerten hinsichtlich Menschen- und Nutziergefährdung bzw. geänderten Rechtsvorschriften die DTI sich daran zu halten

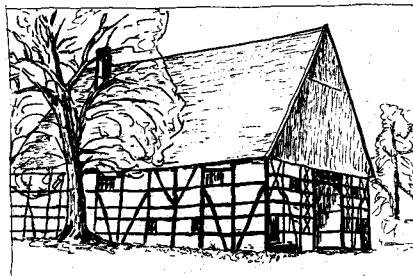
habe. Weitergehende Regelungen scheint es nur hinsichtlich der Agrartechnik gegeben haben: Sollte die Funktion von automatischen Fütterungsautomaten oder anderen Agrargeräten durch die Funkantennen beeinträchtigt werden, müssen die Antennen angepasst oder abgebaut werden. en

habe ich mich geschüttelt bis zu Bauchschmerzen! (Ich schreibe dies, obwohl ich als Jugendlicher beim Klinkenputzen für Lose mal Schulbester wurde. Nur im Jahr darauf, da habe ich mich geweigert anderen auch nur ein Los anzudrehen.) Wenn nun der Leserbriefschreiber Amman sich empört, muss man annehmen, dass er den Fehler gemacht hat Vertreter zu werden. Meinen Lehrlingen, Pardon, Azubis, werde ich jedenfalls weiterhin die Bauernstimme empfehlen und glaube, dass die nicht geschmacksverwirrt werden sondern schlimmstenfalls auch Betriebe unter hundert Hektar für zukunftsfähig halten.

Heiner Bünger, Kreis Wolfenbüttel

## Väter und Schwiegerväter

Mein Schwiegervater war ein schwieriger Mensch. Im Mittelpunkt seines Denkens stand „der Hof“ – natürlich wusste nur er selbst, was das Beste für den Hof war. Die Menschen um ihn herum hatten sich dem unterzuordnen. Alles „Fremde“, vor allem die eingehiratete Verwandtschaft, erst seiner Frau, dann seiner Schwiegertochter, war verdächtig, seiner Familie den Hof entreißen zu wollen. Meine Schwiegermutter, mittellose, verwitwete, leicht körperbehinderte Flüchtlingsfrau aus Pommern, ließ er das Zeit ihres Lebens spüren. Meinem Mann und mir versuchte er das Leben schwer zu machen, indem er sich ungefragt in alle betrieblichen Angelegenheiten einmischte. Da er keinerlei Grenzen akzeptierte, mussten wir ihn ständig in die Schranken weisen, so dass es immer wieder zu äußerst hässlichen Auseinandersetzungen kam. Trotz seines hohen Alters ließ er es sich nicht nehmen, jeden Tag mit in den Stall zu gehen. Da seine Kraft jedoch nachließ, konnte er immer weniger Arbeiten noch wirklich ausführen. Zum Schluss kratzte er noch den Mist aus



... aus Westfalen

den Liegeboxen und streute frisches Stroh ein. Außerdem holte er regelmäßig die Kühe zum Melken von der Weide. Sein erklärter Liebling war der Zuchtbulle, den nur er selbst, in einer Art männerbündischer Übereinstimmung richtig zu nehmen zu wissen meinte. Leider eine Fehleinschätzung,

die ihn das Leben kostete. So erlitt er mit 90 Jahren den ungewöhnlichen Tod durch einen Betriebsunfall – er war unter den Deckbullen geraten.

Zu diesem tragischen Todesfall schrieb eine Freundin meinem Mann den folgenden Brief:

„Lieber Freund, zum tragischen Tod deines Vaters möchte ich dir meine herzliche Anteilnahme aussprechen. Vielleicht tröstet es dich ein bisschen, wenn ich dir von meinem Großvater erzähle. Er war ein einfacher, bedächtiger Bauer aus Ostpreußen, der durch die Vertreibung seinen Hof verloren hatte. Hier in Westfalen hat er nie richtig Wurzeln schlagen können, weil er so sehr die Arbeit auf dem Hof, im Wald und insbesondere seine geliebten Pferde vermisst hat. Er ist oft spazieren gegangen und hat sich an den Weidezäunen regelrecht „die Nase platt gedrückt“. Am liebsten hätte er die Ärmel aufgekrempt und selbst Hand angelegt. Ich glaube, er hat sehr darunter gelitten, im Alter keine Aufgabe mehr zu haben.

Ich denke, dass deinem Vater, trotz des Unglücks, das ihn getroffen hat, zumindest dieses traurige Gefühl erspart geblieben ist, nämlich das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden. Damit war er sicherlich reicher als so manch ein alter Mensch. Und das ist letztlich auch dein Verdienst.

Ich wünsche dir und deiner Familie alle Kraft, um diese traurigen Tage zu überstehen.“

Eine Bäuerin und Nichtbäuerin erzählen

### LESERBRIEF

## Zur Letzten Seite

Auch wenn ich ein (fast) normaler Konventioneller bin, dick und faul auf meinem ererbten Hof in der Hildesheimer Börde, so muss ich doch mal das Wort ergreifen. Ich habe das Schicksal mit mehreren Bio-Bauern befreundet zu sein und habe so dieses Blatt kennengelernt. Der Hauptgrund es zu abonnieren ist „Die letzte Seite“. So erfrischend Unkonventionelles, das gibt es nirgendwo sonst bei top-agrar, Landvolkzeitung und Co., die sich oft ungelesen auf meinem Schreibtisch stapeln. Ganz besonders gefiel mir letzters der Beitrag von Matthias Stührwoldt über Vertreter und ähnliche Plagegeister. Wie

## Kaleidoskop vergangener Welten

Dieser Bildband öffnet eine Tür: „100 Jahre Landarbeit und Alltagsleben im ehemaligen Gutsbezirk Wahlstorf in zeitgenössischen Photographien seit 1905“. Wahlstorf, das ist ein Mikrokosmos im ostholsteinischen Hügelland: der Gutshof, die Dörfer und Höfe, die Mühle, die Schule, die Bahnstation. Gut 300 Bilder hat Sophie von Plessen gesammelt und damit einen wahren Schatz gehoben. Landschaften, Ortschaften, Gebäude vorwiegend aus den 20er bis 50er Jahren des 20. Jahrhunderts sind zu sehen und vor allem Menschen. Menschen bei der

Arbeit, in Muße- und Festzeiten.

Dabei sind den landwirtschaftlichen Arbeiten die meisten Bilder gewidmet. Man erfährt, dass Alma Bock zwischen den Melkzeiten von 4 bis 6 Uhr früh und 16 bis 18 Uhr (insgesamt 15 Kühe am Tag) noch die eigene Kuh melkt. 45 Jahre (von 1929 bis 1974) arbeitete sie als Melkfrau auf dem Hof Wahlstorf und hat das Alltagsleben ihrer Familie selbst

photographiert. Damit ist sie eine der Quellen, die Sophie von Plessen angezapft hat. Doch neben den vielzähligen Beispielen landwirtschaftlicher Hand-

arbeit und Nutzung der Pferdekraft, legt das Buch auch Zeugnis ab über die Einführung motorisierter Pferdestärken in den 50er Jahren. Dabei sind erläuternde Texte zu den Bildern leider sehr knapp gehalten. Man sieht Baron und Gutsinspektor, Müller, Stellmacher, Knechte, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge. Einige bleiben namenlos, die meisten werden benannt. Hintergrundinformationen zum sozialen Gefüge, zur Dorfgeschichte erhält man leider nicht. Doch die Einblicke in Lebens- und Arbeitswelten vergangener Tage sind faszinierend. *we*



Familie Evers pflanzt Steckrüben aus, 1941

Sophie von Plessen: Der ehemalige Gutsbezirk Wahlstorf, Edition Barkau, 2001, Bildband, 303 Seiten, 60,- DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

## Heimische Wildblumen – Schwestern im Wind

„Des Purpurnohnes Blütenstaub:  
Schwarz. Tod aus Schlaf. Aus Lust:  
Vergehen

Zur Nacht fiel aus dem Flammenlaub  
Der roten Blüte schwarzer Staub,  
Und um die Blüte war's geschehen ....“

Wie diese Verse über den Mohn sind unzählige Gedichte; Märchen, Sagen und Legenden zu 25 heimischen Wildblumen im Buch „Stille Schwestern im Wind der Wiesen“ enthalten.

Zum Beispiel Löwenzahn:

„Verwandle dich und werde leicht,  
zerfasere zu Samenhaar!

Gemindert schwebt ein dünnes Korn;  
was gestern Strahlenball noch war.“

Oder zu der Kornblume

„Zwischen den Halmen

Der Bauer steht vor seinem Feld  
Und zieht die Stirne kraus in Falten:  
Ich hab den Acker wohlbestellt,  
auf reine Aussaat streng gehalten.

nun seh mir eins das Unkraut an,  
das hat der böse Feind getan!  
Da kommt sein Knabe hochbeglückt,  
mit bunten Blumen reich beladen,  
im Felde hat er sie gepflückt,  
Kornblumen sind es, Mohn und Raden.  
Er jauchzt: Sieh Vater nur die Pracht,  
die hat der liebe Gott gemacht!“

Man erfährt ganz viel Interessantes zur Kulturgeschichte der Wildblumen – so zur Roggenmume, die im Roggen auf die Kinder wartet, wie der Teufel zum Herrn der Distel wurde oder wie das Gauchheil vor Gewittern warnt – und tausend weitere Geschichten und Gedichte, die uralte Gefühle und Assoziationen in uns wieder wach machen. *en*

Karl-Heinz Michels: Stille Schwestern im Wind der Wiesen, Verlag Natur + Wissenschaft, Postfach 170209, 42624 Solingen, 2000, 232 S., 24,80 (der Verlag bietet derzeit Exemplare mit kleinen Mängeln für 10,- DM)

## Bauer schnell!

Kinder lieben Tiere, auch wenn sie ihnen meistens nur in Bilderbüchern oder während des Urlaubs auf dem Bauernhof begegnen. Bei diesem Brettspiel können Kinder ab drei Jahren in die Rolle von Bauer und Bäuerin schlüpfen und die Tiere auf dem Hof versorgen. Dabei sollten die Großen mit Rat zur Seite stehen. Wer frisst die Möhre und wer das Getreide? Der Spielablauf ist einfach: Die Spieler ziehen die gewürfelte Augenzahl und bringen die Futtersteine zu den Tieren. Wer fertig ist, hilft den anderen. Gewinnen können nur alle gemeinsam. Gegenspieler ist die Sonne, die in der Mitte des Spiels ihre Kreise zieht. Wenn es Nacht wird und noch nicht alle Tiere gefüttert sind, haben die kleinen Bauern verloren. Denn: „Bauer sein ist toll, aber auch sehr anstrengend“, so die Spielanleitung. Sehr liebevoll und kindgerecht gestaltet der Spielplan (auf Holz gedruckt) mit Tierfiguren und Schubkarren. Ein schönes, schlichtes Spiel, das zum Sprechen anregen will.



Bauer schnell – es wird schon hell!, ein kooperatives Würfelspiel für 2–4 Spieler ab 3 Jahren ist als Habermas-Spiel (HABA, www.haba.de) Nr. 4191 im Spielwarenfachhandel erhältlich, Verkaufspreis ca. 59,90 DM

## Hof Thomsteeg

Zum Weihnachtspreis:

Erzählung von Gerhard Schepper

Die „Elbe-Jetzel-Zeitung“ schreibt:

„Packend und mitreißend erzählt Schepper das Schicksal der Bauernfamilie Thomsteeg in der Wesermarsch, die ihren Hof in nur drei Generationen von einer Fischerhütte am Wasser zum besten Betrieb des Dorfes hinterm Deich aufbaut.

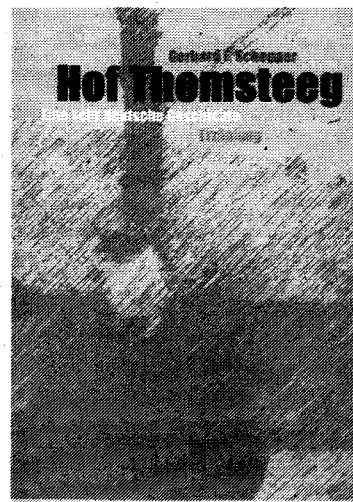
Da gibt es den Altbauern, der in zwei Kriegen die graue Leutnantsuniform getragen hat und sich weigert, mit den geschneigten Braunhemden der Umgebung gemeinsame Sache zu machen; der sich laut und deutlich gegen die Führerschaft der NSDAP in den landwirtschaftlichen Organisationen ausspricht und der als einziger im Dorf die enteigneten und neu verteilten Flächen eines jüdischen Gutsbesitzers nicht annimmt. Der Hof brennt ab, womöglich Brandstiftung. ...“

Bei den bisher durchgeführten Lesungen mit dem Autor Gerhard Schepper haben die Buchkapitel über diese Zeit jedesmal Erinnerungen wach ge-

rufen und Diskussion ausgelöst. Die Erlebnisse „von damals“ scheinen noch lange nicht verarbeitet und vergessen zu sein.

Doch die Erzählung geht weiter. Der Hof wird wieder aufgebaut und wächst – auf Anraten der Berater. Eine Zeitlang stehen 48 Kühe im Stall. Die Arbeit wächst der Familie über den Kopf. Bald stirbt die Bäuerin. Der Bauer ist alleine und schafft – wieder den Empfehlungen der Berater folgend – die Kühe ab. Dann kommt die Milchquotenregelung und es beginnt ein langer, zermürbender Kampf vor den Gerichten unseres Rechtsstaates. Am Ende verliert der Bauer alles und stirbt in einer Sozialwohnung in der Stadt...

„Hof Thomsteeg“ erzählt die Geschichte eines Bauern und schafft es dabei, die Mechanismen und die konkreten Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik und einer stur auf Wachstum ausgerichteten Beratung nahezu bringen – dem Insider wie dem Unbeleckten.



Hof Thomsteeg 192 S., 19,80 DM, ISBN 3-930 413-17-5, Nov. 1999. ABL Bauernblatt

## Öko-Leitlinien

Biologische Landwirtschaft bedeutet die Folgerichtigkeit des Lebens (an)erkennende Landwirtschaft. Sie respektiert, dass Boden, Pflanzen, Tiere und Menschen Mitglieder des selben Lebenssystems und damit auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind.

Mit diesem Aufruf haben Jörg Spranger und Michael Walkenhorst vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) im Frühjahr die 6. Wissenschaftstagung („Von Leit-Bildern zu Leit-Linien“) zum Ökologischen Landbau in Weihenstephan eingeleitet. In ihrem Vortrag „Leitbild Tier“ beschreiben sie eindrucksvoll die auf der Nutzung fossiler Energie beruhenden Industrialisierungs- und Entfremdungsprozesse in der Gesellschaft und in der konventionellen Landwirtschaft. Sie kritisieren in diesem Zusammenhang aber auch die heutige Situation im Ökolandbau, die vor allem in der Tierhaltung noch zu weit entfernt ist von den Zielen des Ökolandbaus und sich unter dem Druck von Markt und Kostenminimierung noch weiter davon entfernt. Tierhaltung und alle Erzeugungs- Quali-

tätsparameter sollten gemessen werden an dem Wort: „Der Kulturfortschritt beginnt dort, wo der Gewinnzuwachs aufhört.“ Zahlreiche weitere Referenten zielen in die gleiche Richtung: Professor Heißenhuber mit seiner Forderung nach einem „Bündnis mit der Landwirtschaft“ mit Selbstverpflichtungen der Vermarkter, Hans-Peter Dürr mit seiner Betonung der nicht-materiellen Ordnungsstrukturen von Lebewesen, Gunter Vogt mit seiner Kritik an erstarrten Öko-Richtlinien und ungelösten Fragen im Ökolandbau, Professor Dabbert mit seinem Appell für stärkere politische Einmischung der Ökolandwirte, Andreas Bosshard mit seiner Forderung für stärkere landschaftsökologische und landschaftsästhetische Kriterien in Bio-Richtlinien. Insgesamt: ein prall mit lesenswerten Vorträgen gefülltes Buch zu entscheidenden Zielfragen nicht nur des ökologischen Landbaus! en

Von Leit-Bildern zu Leit-Linien: Beiträge zur 6. Wissenschaftstagung zum Ökologischen Landbau, hrsg. von Hans Jürgen Reents, 480 S., Verlag Dr. Köster Berlin, 2001, Fax 030-76403227, 48,- DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

## Kartoffel auf Briefmarken



Klaus Henseler, Die Kartoffel auf der Briefmarke, 78 Seiten mit vielen Farbbildern, Verlag August Rauschenplat, Cuxhaven, 2001, 17,- DM.

Unzählige Briefmarken mit wunderschönen Abbildungen illustrieren das Buch „Die Kartoffel auf der Briefmarke“. Es enthält eine sachkundige und anschauliche Schilderung von Geschichte, Anbau und Genuss dieser köstlichen Knollen. Ein Schau- und Lesespaß! en

### Bestellcoupon für klare Linien

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2001 für 40,- DM \_\_\_\_\_ DM

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis 2001 zum Sonderpreis im Paket: \_\_\_\_\_ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130 DM; 8 Ausgaben 140 DM) 9 Ausgaben 150 DM

.... Expl. Leitfaden zur Regionalentwicklung, 32,80 DM \_\_\_\_\_ DM

.... Expl. Landwirtschaft, Umwelt und die Mythen der Wissenschaft, 18 DM \_\_\_\_\_ DM

außerdem:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Porto 5,- DM

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck

Summe \_\_\_\_\_ DM

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ gegbf. email \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

## LESE-BUCH

## TIP

### Schweine-Idyll

Nach einigen Nachfragen nach dem letzten Titelbild mit den rennenden Schweinen der Hinweis: das und andere Fotos von Martin Bienerth gibt es auch als Postkarten. Viele Eindrücke und Momentaufnahmen mit Blick für's Detail des Lebens von Menschen und Tiere, die für einen oder mehrere Sommer auf die Schweizer Alpen ziehen. Das letzte Titelbild kann leider erst ab Januar verschickt werden.

Die Karten kosten 1,-DM, 10 Stück für 8,-DM, zu beziehen über den ABL-Verlag



### Landpartie

Eine der erfolgreichsten Fernsehsendungen von N3 heißt „Landpartie – im Norden unterwegs“. Besuche und Gespräche auf Bauernhöfen, in Hofläden und in Landgaststätten mit regionalen Produkten nehmen eine zentrale Rolle in dieser Sendung der bekannten Agrarjournalisten Ulrich Koglin und Achim Tacke ein. In einem Buch sind die informativ-kurzweiligen Sendungen über Harz, Vorpommern, Nordfriesland und die bei Hamburg gelegenen Vier- und Marschlande zusammengefasst. en

NDR (Hrsg.): Landpartie, 136 Seiten mit 125 Farbfotos, Schlütersche, 2001, 29,80 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

### Irische Segenswünsche

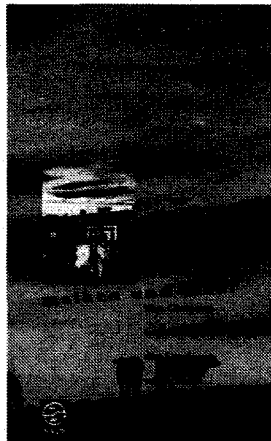
„Möge das Stroh auf deinem Dach nie faulen,  
 die Erde auf deinem Feld nie unfruchtbar,  
 das Fenster zum Hause deines Nachbarn nie blind werden.  
 Die Tür aber stehe jedem offen,  
 der dich um Rat bittet oder um einen Whiskey.“

Viele solch anrührender Segenswünsche aus Irland enthält ein schönes Buch zum Blättern und Verschenken. Wie nahe man in Irland noch an der Landwirtschaft ist, zeigt dieser Segenswunsch: „Möge deine Kuh dir heute nicht in den Milchtopf treten.“

Das wünsche ich Dir auch... en

Hermann Multhaupt (Hg), Möge dein Haus voller Lachen sein, 96 S., Grünewald-Verlag Mainz, 2000, 19,80 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

### Melken und Mehr



Einen ersten Einblick über den Arbeitsalltag und die Anliegen von Bauern und Bäuerinnen bietet der Werkbrief der Katholischen Landjugendbewegung. Mehrere Bauern von verschiedensten Höfen quer aus Deutschland begleiten mit ihren Aussagen durch die Broschüre. Die Autoren Bettina Hoffmann, Christoph Gröne und Gerhard Him haben den Bogen weit gespannt und vieles wird nur angerissen, etwas zur Geschichte der Agrarpolitik, zu Verbraucherverhalten bis zu artgerechter Tierhaltung. Dabei werden widersprüchliche Standpunkte genannt wie Gründe für oder gegen den Ökolandbau von den zitierten Bauern. Der Werkbrief ist ideal um Jugendlichen an die Landwirtschaft heranzuführen, die bisher wenig Kontakt mit ihr hatten.

Bettina Hoffmann: Melken und mehr – Von Chancen und Grenzen der Landwirtschaft. KLB (Hrsg.), Landjugendverlag 2001. 77 S., KLB Bundesgeschäftsstelle, 8,80 DM plus Porto, Landjugendverlag, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad-Honnef-Rhöndorf. Tel: 02224-4650. Fax: 946544.

**(Klein) ANZEIGEN****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

**Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-.** Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

**Hof und Arbeit**

- Öko-Betriebe im nördlichen und mittleren Deutschland für Ausbildung von Praktikanten gesucht. LOGO e.V. vermittelt **osteuropäische Agrarstudenten für Fachpraktika** von Mai bis Oktober 2002. Ausbildungsberechtigung nicht erforderlich, Referenzen auf Wunsch. Informationen unter ☎ 05109-51 66 56, Fax: -51 66 54, mennen@logoev.de, http://www.logo-ev.de
- **Biolandhof** 230 tausend kg sucht leistungsstarken Milchviehbetrieb für

künftige Zusammenarbeit z.B. Jungtieraufzucht. Chiffre 12/01-2

**Tiermarkt**

- **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

**Querfeldein**

- **Landwirt, 38 Jahre (1,86 m), MV-Betrieb am Niederrhein, sucht nette Partnerin, Chiffre 12/01-1**

**ABL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach**

06. Dezember 2001, Altenmarkt

Zur Gründung der Abl-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach sind alle Mitglieder aus AÖ; BGL; MÜ; RO; TS herzlich eingeladen. Sepp Daxenberger wird die Bewerbung der Region beim Wettbewerb „Regionen aktiv“ von Bundesministerin Künast vorstellen. Der Abl Landesvorsitzende Sepp Bichler, Sielenbach stellt die Arbeit der Abl dar und wird zur derzeitigen agrarpolitischen Situation Stellung nehmen. Anschließend werden wir die Regionalgruppe formal gründen und ein Sprechergrremium wählen.

20.00 Uhr im Gasthaus zur Post in Altenmarkt, Infos im Internet: www.abl-bayern.de

**Veranstaltungskalender****Heide Weser zeigt Film**

05. Dezember 2001, Verden

Der französische Dokumentarfilm „Vive la Provence – Ein Jahr in Espigoule“ von Christian Philibert feiert das Leben, die Menschen und ihre Traditionen eines Dorfes in der südfranzösischen Provence. Ein überzeugender Film mit großem Unterhaltungswert.

20 Uhr 15 im Cine City in Verden

**Die Zukunft der polnischen Landwirtschaft**

11. Dezember, Bremen

Welche Hoffnungen und Ängste verbinden die polnischen Bauern mit dem EU-Beitritt? Referent: Martin Petrick, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)

17.30 Uhr, Universität Bremen, Am Barkhof, Parkallee 39, Infos: Bremer Erzeugerverbraucher-Genossenschaft, ☎ 0421-3499077

**Pflanzen und Tiere genmanipuliert**

06. Dezember 2001, Helvesiek

Zu einer kontroversen Podiumsdiskussion lädt die Initiative „Gemeinsam gegen grüne Gentechnik“. Auf dem Podium: Gerhard Eimer, Landvolk; Karl-Heinz Rengstorff, Abl; Henning Strothoff, Gen-ethisches Netzwerk; Pastor Wichert von Holten, Kirchlicher Dienst auf dem Lande; ein Vertreter der Firma Monsanto.

20 Uhr, Helscher Hus, Helvesiek, Infotelefon: 04267-953766

**Backen in der Hofbäckerei**

14. Januar 2002, Berching

Ein Praxis-Seminar für Bioland-Hofbäckerrinnen und Brot-Back-Begeisterte, in dem Sie selber kneten und formen. Kosten: 60 (30) Euro

**Verkaufstraining für Direktvermarkter**

15. Januar 2002, Berching

Sie trainieren verschiedene Verkaufssprachensituationen und lernen neue Techniken für erfolgreiche Verkaufsgespräche kennen. Kosten: 50 (25) Euro

**Direktvermarkter Tagung**

16. Januar 2002, Berching

Workshops und Referate von erfahrenen Beratern und Praktikern zu verschiedenen Themen der Direktvermarktung.

Kosten: 50 (25) Euro Anmeldung bei Bioland Regionalstelle Unterfranken, Stefan Rettner, ☎ 09337-980031, Fax: -980032

**Gärtnern durch die Krise**

19. Dezember 2001, Berlin

Gezeigt werden Beispiele urbaner Selbstversorgung als Perspektive von Widerstand. Aktueller Anlass sind Auseinandersetzungen um städtische Brachflächen in Berlin.

Infos und Anmeldung: Baobab Infoladen Eine Welt e.V., ☎ 0304426174, info@baobab-infoladen.de

**Tierseuchen und Agrarwende**

23. bis 25. November 2001, Niederkaufungen

Das Treffen der AG Kritische Tiermedizin beleuchtet Tierseuchen wirtschaftlich und ethisch sowie Agrardiskussion und Agrarwende.

Anmeldung so schnell wie möglich bei Ute Knierim, ☎ 0511-858477, ute.knierim@tiho-hannover.de

**Umstellung auf den ökologischen Landbau**

14. bis 16. Januar 2002, Altenkirchen

BAG eJl in Kooperation mit Naturland, 110 - EURO Teilnahmebeitrag

BAG eJl Information und Anmeldung: BAG eJl, Ute Rönnebeck, Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-9516-46, Fax: -70206, info@lja.de

**Globalisierung ist kein Schicksal**

12. Dezember 2001, Rendsburg

Die Abl Schleswig-Holstein lädt ein zum Mitgliedertreffen mit politische Diskussionsveranstaltung. Referent ist Sven Giegold von ATTAC Deutschland. 20 Uhr, im Hotel Coventgarten in Rendsburg, Hindenburgstr. 38-42

**politische ökologie<sup>73/74</sup>**

*Es ist angerichtet*

Rezepte für Landwirtschaft und Ernährung

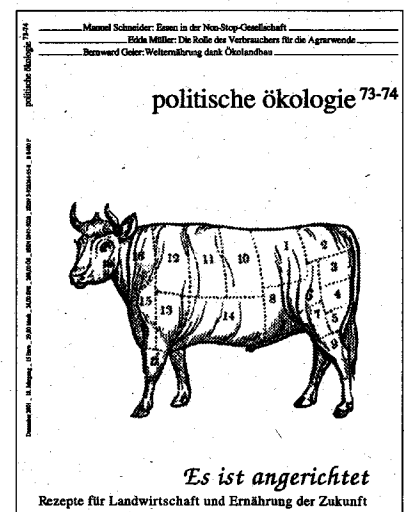
**BSE, MKS, Antibiotika, Salmonellen: Je billiger und industrieller Fleisch in Europa produziert wird, desto mehr Gefahren lauern in der Wurst.**

**Die BSE-Krise 2001 ist nur eines der Symptome für die wirtschaftlich-gesellschaftlich-politischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Die Bundesregierung hat dies erkannt und eine Agrarwende versprochen. Ökologischer Umbau in der Landwirtschaft und im Verbraucherschutz wird eines der zentralen Wahlkampfthemen 2002 werden.**

**Grund genug für die Zeitschrift politische ökologie<sup>73/74</sup> das Thema ausführlich aufzurollen. Sie öffnet VerbraucherInnen und WählerInnen gleichermaßen die Augen für folgende Fragen: Welche Auswirkungen hat unsere Ernährung auf Umwelt und Gesellschaft, welche Faktoren bestimmen die Neuausrichtung der Landwirtschaft, welche Leitbilder braucht die Agrarwende und welche Ernährungstrends kommen auf uns zu?**

Mit Beiträgen von Renate Künast, Claus-Peter Hutter, Manuel Schneider, Edda Müller, Bernward Geier, Beatrix Tappeser, Ulrich Jasper, Udo Pollmer, Peter Finke u.v.a.

Ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch im Internet unter: [www.oekom.de](http://www.oekom.de)



Für 29,40 Mark (15 Euro) erhältlich bei:  
pan adress,  
Sammelweisstraße 8, D-82152 Planegg,  
Fon ++49/(0)89/8 57 09-145,  
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131,  
E-Mail kontakt@oekom.de, www.oekom.de



lädt ein:

**Tagung „Die Agrarwende“  
und ABL-Bundes-Mitgliederversammlung 2001  
14. bis 16. Dezember,**

Ev. Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald

**Freitag, den 14. Dezember:**

bis 13.30 Uhr: Anreise, Kaffee, Tee  
14.00 – 18.00 Uhr: *„Zufriedene Verbraucher, glückliche Tiere, intakte Umwelt – Was ist mit uns Bäuerinnen und Bauern, Frau Ministerin?“*  
Vortrag und Diskussion mit Renate Kunast

18.00 – 19.00 Uhr: Abendessen

ca. 18 Uhr 45: Gesellschafterversammlung des ABL-Bauernblatverlags (der Termin wird noch bekannt gegeben)

ab 19.00 Uhr: Tagung: *„Die Agrarwende – auch für Bäuerinnen u. Bauern!“*  
Gemeinsame Tagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (ejf) – Bundeswettbewerb für Modellregionen: Regionen stellen sich vor – Vollgas für Biogas – auch für bäuerliche Betriebe

gemütliches Beisammensein

gegen 21 Uhr 30: **Samstag, den 15. Dezember:**

8.00 – 9.00 Uhr: Frühstück

ab 9 Uhr: Fortsetzung der Tagung durch Diskussionsforen: Forum A: Artgerechte Schweinehaltung auf Höfen, Forum B: Agrarwende und Hofnachfolgegeneration, Forum C: Raus aus der Milchquote oder Beibehaltung?, Forum D: Weitere Entwicklung im ökologischen Landbau- und bäuerliche Kriterien, Forum E: Die Welt ist keine Ware – Antworten auf die aktuelle Globalisierungsdebatte

12.30 – 14.00 Uhr: Mittagspause  
14 Uhr: Kurzbericht über die Ergebnisse der Diskussionsforen.

Ende der Tagung

ab 14 Uhr 30: ABL-Bundes-Mitgliederversammlung 2001

18 Uhr 30: Abendessen

ab 20 Uhr 15: Bunter Abend

**Sonntag, den 16. Dezember:**

8.00 – 8.30 Uhr: Morgenandacht

8.30 – 9.15 Uhr: Gemeinsames Frühstück. Verabschiedung

Kosten: DM 150,-. Anmeldung bis zum 1. Dezember beim ABL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21339 Lüneburg, ☎ 04131-407757, Fax: -407758



AbL

KONTAKTE

**Schleswig-Holstein**

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312  
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330  
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114  
Plön: Matthias Stührowold, ☎ 04326/679 Fax 289147  
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

**Niedersachsen**

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422  
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048  
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247  
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694  
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

**Nordrhein-Westfalen**

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221  
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575  
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152  
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991  
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557  
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069  
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458  
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

**Hessen**

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995  
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

**Rheinland-Pfalz**

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191  
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Eilwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783  
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558  
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

**Baden-Württemberg**

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutzert, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422  
Nordschwarzwald: Georg Böhnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729  
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584  
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422  
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928  
Schwarzwald-Baar: Klaus Eble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453  
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465  
Bodensee: Anneliese Schmeb, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bäbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

**Bayern**

Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alt, ☎ 08679/9130145, Fax: 0180/50525900644, e-Mail: Abl-Bayern@web.de  
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512  
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schügel ☎ 08856/5723  
Landshut-Wistal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039  
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

**Mecklenburg-Vorpommern**

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400  
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstiet 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

**Geschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

**Arbeitskreis Frauen:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reip-persberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Äger 5, 37547 Kreensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof\_berner@hotmail.com

**AgrarBündnis e.V.:** Ulrike Ottenottebrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

**Neuland e.V.:** Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960  
**Europäische Bauernkoordination EBK-CPE,** Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

**Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf,** Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@ik-wl.nrw.de

**Projektbüro Hanf,** Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren.** Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeb 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

**Ich werde Mitglied in der** ABL

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der Abl werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-.
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von  DM 200,-  DM 250,- oder DM \_\_\_\_\_ zu zahlen.
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei)
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-.
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-.

**Mitgliedsadresse:**

Name  Vorname

Straße  PLZ, Ort

**Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:**

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:  ja  nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.  BLZ  Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreänderung die neue Adresse an die Abl bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.  
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der Abl widerrufen werden.

Unterschrift  Datum  Beruf

**Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:**

**AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm**

**IMPRESSUM**

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • Redaktion: Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 0238/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • Abonnementpreis: DM 70,- jährlich • Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adreänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

# Mit dem Alten bei den Ökos

Nun gut, das worüber ich jetzt schreiben will, ist einige Jahre her. Damals gab es die DDR noch und in den USA war ein anderer Westernheld Präsident. Ich war jung, schlank und radikal, ohne es damit allerdings besonders ernst zu meinen. Und ich interessierte mich für Ökolandbau. In den Augen meines Vaters war das allerdings radikal genug, und es gab Anlass für allerlei Generationskonflikte sowie komplizierte Irrungen und Wirrungen unserer Leben. Da aber die Wahrheit nur selten so lustig ist wie eine gut ausgedachte oder auch gut ausgeschmückte Geschichte, so will ich denn mal ordentlich übertreiben – sonst liest ja doch keiner weiter. Und wen interessiert denn schon die Wahrheit, zumindest auf dieser letzten Seite?

Und der Alte und ich, wir feierten Generationskonflikt. Das war nicht immer lustig, obwohl es sich im Nachhinein so anfühlt. Meistens war es das Übliche: Länge der Haare, Ausrichtung der Haare, Haare überhaupt. Ich mied Kämmen und Bürsten jeder Art, und am besten sah meine Antifrisur aus, wenn ich abends mit nassen Haaren ins Bett gegangen war. Das fand mein Vater auch; jedenfalls war er dann immer sehr aufgeregt. Aber das war normal, sozusagen der Normalzustand unseres Generationskonfliktes, und täglich tauschten wir unsere rituellen Sprüche aus, wie andere „Guten Morgen!“ sagen: „Wie siehst du denn aus?“ „Was geht dich das an?“ „Mutter, hol die Schermaschine!“

Eine unserer besonderen Krisen begann, als ich zu Hause erzählte, dass ich das zweite Lehrjahr auf einem Biohof verbringen würde. Das traf den Alten tief. Alles, was er sagte, war: „Die kommen vor Hunger nicht in den Schlaf.“ Dann sprach er nicht mehr mit mir, einige Wochen lang, während ich aufhörte, mich zu rasieren. Was mischte der sich in mein Leben ein? Ich war kein Kind mehr: ich war ein Mann! Schließlich hatte ich Bartwuchs!

Als das zweite Lehrjahr fast um war, fand auf einem anderen Ökohof in unserer Gegend eine Hofbesichtigung statt. Jenem Bauern ging der Ruf voraus, ein exzellenter Ackerbauer zu sein, und ich schaffte es tatsächlich, meinen Vater zu überreden, mit mir auf diesen Hof zu kommen. Zwar fragte er: „Und was ist, wenn mich jemand erkennt? Was sollen die Leute

denken?“, doch ich sagte: „Vater, du gehst nur auf einen Biohof, nicht in einen Sexshop!“ Wie dem auch sei, obwohl es Juni war und sehr warm, zog mein Vater seinen dicken Parka an, setzte sich die Wintermütze auf und nahm für alle Fälle noch einen falschen Vollbart mit. Kurz gesagt: er verschleierte seine Identität, so dass Otto Schily – hätte es ihn damals schon in seiner jetzigen Inkarnation gegeben – ihn sofort wegen dringenden Tatverdachts auf



eine unserer Gefängnisinseln verbannt hätte: Hallig Hooge, Hallig Gröde oder, schlimmer noch, Hallig Totalöde.

Als wir auf dem Hof ankamen, bot sich ein buntes Bild absurder Komik; denn neben der üblichen Ökofraktion – unrasierte Männer mit fleckigen Jeans und langhaarige Frauen mit wehenden Röcken und selbstgefärbten Tüchern; mein Vater sagte: „Zigeuner!“ – fanden sich hier auch einige relativ normal aussehende Jungbauern mit ihren allesamt sehr unauffällig verkleideten, unangemessen warm angezogenen Vätern – den Kragen hochgeschlagen, die falschen Bärte auf den Wangen, so standen sie und lauschten den Ausführungen des Biobauern, der übrigens schlank, fast hager war. Der Alte sagte nur: „Sag ich doch: Hunger!“

Aber die Flächen sahen gut aus, waren relativ un-

krautfrei, und mein Vater sprach das höchste Lob, das er sich abringen konnte: „Na ja, hier sollte vielleicht keine Herde Kühe durchrennen ...“. Er war gut gelaunt, fast redselig, doch plötzlich verstummte er, zog den Kopf wieder zwischen die Schultern und blickte zu Boden. Er hatte jemanden erkannt. Und im selben Augenblick hatte der meinen Vater erkannt. Das machte die beiden doch sehr verlegen, aber da sie nun schon einmal enttarnt waren, machten sie das Beste draus. Sie rissen sich die falschen Bärte ab und fingen an zu plaudern. Sie kannten sich von früher, aus der Landwirtschaftsschule, und sie redeten über ihre Höfe, ihre Frauen, die Agrarpolitik und ihre missratenen Söhne. Wieder und wieder fragten sie sich: „Was haben wir nur falsch gemacht?“

Nun sind seitdem fast anderthalb Jahrzehnte vergangen. Mein Vater ist jetzt Altenteiler, meine Haare sind jetzt kürzer, und unser Hof wird immer noch konventionell bewirtschaftet. Eigentlich hatte ich mich jetzt entschlossen, Anfang nächsten Jahres mit der Umstellung zu beginnen. Doch jetzt kommen mir leise Zweifel.

Denn was geschieht, wenn meine Tochter oder mein Sohn als mögliche Hofnachfolger – wenn dann überhaupt noch jemand nachfolgen will – sich im Zuge eines ja durchaus üblichen Generationenkon-

fliktes von ihrem ökologisch wirtschaftenden alten Sack dadurch absetzen wollen, dass sie auf HighTech-Landwirtschaft setzen, auf Gentechnik und diesen Satellitenmist? Sollte ich da jetzt nicht lieber umschwenken und das Gegenteil von dem tun, was ich mir wünsche, damit die nachfolgende Generation das meiner Ansicht nach Richtige tut? Und hat mein Vater damals genau so gedacht? Und sein Vater zuvor?

So viele Fragen, auf die niemand eine Antwort weiß. Aber wenn man keine Antwort weiß, ist es gut, etwas zu lesen zu haben. Auf der Suche nach Antworten. Oder um sich einfach abzulenken und sich die Zeit zu vertreiben, wenn man keine Lust hat, sich mit solchen oder ähnlichen Fragen das Hirn zu zermartern.

Matthias Stührwaldt

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K12858  
Abt. Bauernblatt Verlags GmbH  
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

## UNABHÄNGIGE Bauernstimme: So viele Fragen!

12/2001

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung  
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31  
oder FAX 02381 -492221